

STATISTISCHES BUNDESAMT

Zinschles
Friedenstetter
v. Scheidt
v. Brandorf
Eg
Handapparat o. Sch

Km 9/12

Bericht

über Arbeiten des Statistischen Bundesamtes
im Jahre 1955
und über
in Vorbereitung befindliche statistische Vorhaben

Besprechungsunterlage für die 3. Tagung des Statistischen Beirats
am 9. und 10. März 1956 in Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	7 - 9
 <u>A. Allgemeiner Teil</u>	
I. Einige Fragen zur rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik	10 - 14
II. Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Bewältigung der sich im Jahre 1956 kumulierenden einmaligen Zählungen	14
III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in anderen deutschen Einrichtungen	
1. Interministerieller Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Bilanzen	15
2. Mitarbeit in anderen Regierungs-Ausschüssen	15
3. Bundesausschuß Betriebswirtschaft	16
4. Deutscher Normenausschuß (DNA)	16 - 17
5. Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	17 - 18
IV. Bericht über die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen statistischen Tagungen und Projekten	
1. Allgemeine Bemerkung	18 - 19
2. Konferenz Europäischer Statistiker in Genf	19 - 20
a) Zum Problemkreis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (§§ 12 bis 41 des Konferenzberichtes)	20 - 22
b) Statistiken für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung	22 - 23
c) Statistik über die Entwicklung des Groß- und Einzelhandels	23 - 24
d) Vorbereitungen der nächsten Volkszählung	25 - 26
e) Weitere Punkte des laufenden Arbeitsprogramms (von der Konferenz selbst festgelegte Arbeiten)	26
f) Zukünftiges Arbeitsprogramm der Europäischen Statistiker-Konferenz	26 - 27

	Seite
g) Beteiligung an den statistischen Arbeiten der ECE-Fachausschüsse	
(i) Stahlstatistik	27
(ii) Ertrags- und Aufwandsrechnungen für die Landwirtschaft	27 - 28
(iii) Verkehrsstatistik	28
(iv) Wohnungs- und Baustatistik	28 - 29
(v) Kohlestatistik	29
3. Statistische Arbeiten der OEEC einschl. der Projekte der Europäischen Produktivitätszentrale	
a) Mitarbeit am OEEC-Bericht der Bundesregierung	29 - 30
b) Methodische Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	
(1) Preis- und Mengenvergleiche im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen . .	30 - 32
(2) Spezielle Probleme des Standard-Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC	32 - 35
c) Europäische Produktivitätsstatistik	35 - 36
d) Tagungen anderer statistischer Arbeitsgruppen der OEEC	36
4. Beteiligung an den statistischen Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)	
a) Überblick	36 - 38
b) Langfristige Entwicklung des Stahlverbrauchs und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Gemeinschaft	38
c) Verkehrsstatistik	38 - 39
d) Reallohnvergleiche und Wirtschaftsrechnungen	39 - 40
e) Durchführung einer Lohnstrukturerhebung durch die Hohe Behörde	40
5. Beteiligung an den Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt	40 - 41
6. Beteiligung an den Arbeiten des Statistischen Amtes der UN und der Sonderorganisationen der UN	41
a) Statistisches Amt der UN	41 - 42
b) Internationale Arbeitsorganisation	42
c) Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN	42
d) Welt-Gesundheitsorganisation	42 - 43

7. Teilnahme an der 29. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts im Juni 1955 in Brasilien	
a) Teilnehmer	43
b) Wissenschaftliches Programm	43 - 45
c) Programm der nächsten Tagung	46
8. Beteiligung an den Arbeiten sonstiger internationaler Organisationen	
a) Organisation für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT)	46
b) International Association for Research in Income and Wealth	47
c) Internationale Handelskammer	47
d) Internationale Union der Familienorganisationen	47

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres Arbeitsgebietes

I. Allgemeine Organisation der Statistik

1. Die Behandlung von Berlin (West) in der Bundesstatistik	48 - 49
2. Aus dem Arbeitsbereich der Systematiken	
a) Weiterentwicklung des systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten	49 - 50
b) Revision des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik	50
c) Möglichkeiten einer Gruppierung von Waren nach ökonomischen Gesichtspunkten	50 - 51
3. Mathematisch-statistische Methoden	51 - 52
4. Veröffentlichungsfragen	
a) Besondere Veröffentlichungsreihen für ausgewählte Sachgebiete	52 - 53
b) Neugliederung des Veröffentlichungsverzeichnisses	53
c) Hinweis auf regional tiefer gegliederte Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter	53 - 54

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik	
1. Revision der Sozialproduktsberechnung	
a) Entstehung des Sozialprodukts	54 - 55
b) Verteilung des Sozialprodukts	55
c) Verwendung des Sozialprodukts	
aa) Privater Verbrauch	55 - 56
bb) Investitionen	56 - 57
cc) Staatsverbrauch und Außenbeitrag	57
2. Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamt- rechnungen	57 - 58
3. Kostenstrukturerhebung 1950	58 - 59
4. Untersuchungen der deutschen Wirtschaftsstruktur	59 - 60
5. Allgemeine Auslandsstatistik	60 - 61
III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik.	61
1. Bodenbenutzungserhebung	61 - 62
2. Erntestatistik	62 - 63
3. Gemüsestatistik	63
4. Viehzählungen	63
5. Landarbeitskräftestatistik	63 - 64
6. Forsterhebung	64
IV. Industrie- und Handwerksstatistik	
1. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Indu- strie und im Bauhauptgewerbe	65
2. Jahresherhebung über die Nettoleistung in der Industrie	65 - 66
3. Erhebung über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie	66 - 67
4. Methodische Verbesserungen beim Industrierbericht und Baubericht	67 - 68
5. Handwerkszählung 1956	68 - 69
6. Produktionsindex	69
7. Textil- und Bekleidungsfachstatistik	69 - 70
8. Erhebung über die Wasserversorgung	70

V. Handels- und Verkehrsstatistik

1. Außenhandelsstatistik	70 - 71
2. Binnenhandelsstatistik	71 - 72
3. Verkehrsstatistiken	
a) Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken	72
b) Binnenschiffahrtsstatistik	72
c) Güterbewegung in Gütern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	72 - 73
d) Güterfernverkehr auf Straßen	73
e) Zählungen der Gemeindestraßen	73
f) Repräsentativstatistiken der Fahrleistungen	73
g) Repräsentativstatistiken über den gesamten Güterverkehr auf Straßen	73
h) Straßenverkehrsunfallstatistik	73 - 74
i) Statistik des grenzüberschreitenden Personen- verkehrs	74

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungs-
wesens, Sozialstatistik

1. Neuberechnung eines Preisindex ausgewählter Grund- stoffe	74 - 75
2. Neuberechnung des Index für sächliche Betriebs- mittel in der Landwirtschaft	75 - 76
3. Pläne für Neuberechnung des Index der Wohnungsbau- preise	76 - 77
4. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1956	77 - 78
5. Neuordnung der Lohnsummenstatistik	78 - 79
6. Statistik über die Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs 1956	79 - 81
7. Neue Fürsorgestatistik ab 1.4.1956	81 - 82

VII..Finanz- und Steuerstatistik

1. Steuerstatistiken	82
a) Umsatzsteuerstatistik 1954	82 - 83
b) Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik zum 1.1.1953	83
c) Statistik der drei Einkommensteuern	83 - 84

2. Finanzstatistik

a) Jahresrechnungsstatistik	84 - 85
b) Personalstandstatistik	85
c) Die Bilanzen und Erfolgsrechnungen der kommunalen Eigenbetriebe für Versorgung und Verkehr	85
d) Statistische Erfassung des öffentlichen Vermögens	85 - 86
3. Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	86

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

1. Die Welt-Volkszählung 1960	86 - 87
2. Neufeststellung der Wohnbevölkerung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956	87 - 88
3. Mikrozensus	88 - 90
4. Gesundheitsstatistik	90 - 91
5. Schul- und Hochschulstatistik	91 - 92
6. Vertriebenen- und Flüchtlingsstatistik	92 - 93

Vorbemerkung

Seit der zweiten Tagung des Statistischen Beirats im Dezember 1954 ist mehr als ein Jahr verflossen. Es bestand seit langem die Absicht, die dritte Tagung mit der Einweihung des Neubaues des Statistischen Bundesamtes zu verbinden. Wir haben dabei - fast mit einer gewissen Genugtuung - gelernt, daß es auch außerhalb der Statistik Terminverzögerungen gibt. Wir konnten daher den Beirat erst Anfang 1956 in das neue Haus einladen. Der Umzug in den Neubau hat endlich alle Amtsarbeiten unter einem Dach zusammengeführt, wenn man von den sachlich zu vertretenden Außenstellen des Amtes in Berlin, Düsseldorf und Hamburg absieht. Der Umzug hat somit eine äußerlich sichtbare Konsolidierung der Amtsarbeiten gebracht, die überhaupt das Kennzeichen der laufenden Arbeit des letzten Jahres gewesen ist. Gleichzeitig mußte jedoch an neuen und großen Aufgaben gearbeitet werden.

Der hiermit vorgelegte Bericht schließt sich in Ziel und Aufbau dem Bericht für die zweite Beiratstagung an. Er behandelt also wiederum nur wichtige und ausgewählte Fragen, bei deren Lösung uns an der Meinung des Beirates gelegen ist. Von der umfangreichen und unermüdlichen Arbeit an den laufenden Statistiken wird nicht gesprochen.

In einem allgemeinen Teil werden zunächst die mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen zusammenhängenden Probleme behandelt. Die Tatsache, daß wir praktisch in mehr als einem Jahr hierbei nicht sonderlich vom Fleck gekommen sind, sollte eine Mahnung sein, einmal zu überprüfen, ob nicht doch Abkürzungen im Gewirr der Wege, die zur Anordnung einer Statistik führen, gefunden werden können. Der gesunde Grundgedanke, daß Statistiken einer rechtsverbindlichen Anordnung bedürfen, sollte nicht durch einen Überperfektionismus in der Durchführung dieses Grundsatzes ad absurdum geführt werden. Es sei ein vielleicht etwas Kühnes Bild gebraucht: Wenn man eine neue Wehrmacht aufbaut, so gibt man ihr die allgemeine Aufgabe, die Verteidigung des Volkes nach bestem Können und mit den jeweils modernsten Mitteln

vorzubereiten, aber man zwingt sie nicht, bei jeder Änderung eines Kommandos im Exerzierreglement oder bei kleinen Änderungen der Taktik oder gar bei einem Appell an die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung Rechtsverordnungen in die Wege zu leiten. Auf dem Gebiet der Statistik droht aber die Gefahr, daß die allgemeine Aufgabe, nämlich für Gesetzgebung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit ein möglichst vollständiges und brauchbares Instrumentarium zur Beobachtung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorgänge zu liefern, in der Fülle von Einzelstatistiken und Anforderungen unter engen Gesichtspunkten verlorenggeht. So kommt es, daß für neu auftretende politische und gesetzgeberische Maßnahmen oft das geeignete statistische Material fehlt - es seien nur die Stichworte: Sozialreform, Mittelstandspolitik, Grenzen und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Expansion genannt -. Auf der anderen Seite werden aus allzu detaillierten Einzelanordnungen immer wieder Fragestellungen herausgepickt, mit denen man die Statistik als Ganzes in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen versucht. Einige Probleme, bei denen nach Auffassung des Amtes eine größere Bewegungsfreiheit erforderlich wäre, sind in dem Bericht angedeutet.

Im Allgemeinen Teil wird ferner die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Stellen behandelt, deren Ergebnisse in den Amtsveröffentlichungen und auch in der Arbeit der Fachausschüsse nicht sichtbar werden. Neben verschiedenen nationalen Einrichtungen wird vor allem die Verbindung der Amtsarbeit mit den internationalen Gremien behandelt. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik in mehr oder weniger loser Form Teil übernationaler "Staatenbünde" geworden ist, hat auch die Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet immer stärker werden lassen. Hieraus ist den leitenden Kräften des Amtes eine erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastung erwachsen, aber auch die Möglichkeit, die eigenen Probleme und Auffassungen mit den ausländischen Kollegen zu diskutieren. Versucht man, das Gemeinsame all dieser internationalen Diskussionen zu überblicken, so lassen sich zwei Leitlinien erkennen.

Zunächst zeigt sich überall das Bestreben, die wirtschaftlichen

Vorgänge angelehnt an wirtschaftstheoretische Vorstellungen in ihren Zusammenhängen und gegenseitigen Abhängigkeiten zu sehen und statistisch darzustellen. Hierunter fallen die Überlegungen, neben den Volkseinkommensrechnungen auch die Vermögensrechnungen in das Bild einzubeziehen. Weiterhin gehört hierzu die Einsicht, daß die wirtschaftliche Expansion überall von der Kapitalausrüstung der Volkswirtschaften abhängig ist, daß aber das statistische Bild dieser Kapitalausrüstung meist mehr als dürftig ist.

Die zweite Leitlinie ist wohl in den Bemühungen zu sehen, ein zeitnahes Instrumentarium für die laufende Wirtschaftsbeobachtung zu schaffen und dabei auch solche Tatbestände zu erfassen, aus denen auf die Entwicklung in der nahen Zukunft geschlossen werden kann, z.B. Statistiken der Auftragsbestände, der Investitionsabsichten der Unternehmen, der Beschaffungsabsichten der öffentlichen Hand usw. Besonders blickfällig wurden diese Tendenzen durch die Beschlüsse des USA-Kongresses zur Erweiterung und Verbesserung der amtlichen Statistik, wofür 5 Mill.\$ mehr allein für das laufende statistische Arbeitsprogramm bewilligt wurden. Der für die Wirtschaftsberichte zuständige Kongreßausschuß (Joint Economic Committee) hat einen Unterausschuß für Wirtschaftsstatistik eingesetzt mit folgenden Hauptaufgaben: Statistiken der Vorräte, der Ersparnisse, der Konsumenten- und Unternehmererwartungen, der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Verbesserung der kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung.

Es seien hier nur die USA als ein Beispiel für die lebhaftere Weiterentwicklung der Statistik in anderen Ländern genannt. Es wird so oft von höchsten Stellen im Staate eindringlich darauf hingewiesen, daß Forschung und Wissenschaft nicht verkümmern dürfen, wenn Deutschland mit dem Ausland Schritt halten will. Dabei denkt man meistens an die Technik, selten an die empirische Wirtschaftsforschung und die Statistik, die das Armaturenbrett und die Karten für den Höhenflug des Politikers liefern müssen. Diese Instrumente dürfen auch dann nicht versagen, wenn einmal schlechte Sicht, Nebel und Sturm das Fliegen schwieriger machen sollten als in der Schönwetterperiode der letzten Jahre.

Dem allgemeinen Teil folgen wiederum die Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihrer Arbeitsgebiete.

A. Allgemeiner Teil

I. Einige Fragen zur rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik

Dem zur 2. Beiratstagung versandten Bericht des Statistischen Bundesamtes war zu entnehmen, daß von 55 erforderlichen Rechtsgrundlagen Mitte November 1954 erst 10 bereits verkündet worden waren. Es war damals vorauszusehen, daß es nicht möglich sein würde, die Masse der übrigen Rechtsgrundlagen den gesetzgebenden Körperschaften bis zum Ablauf der Frist gemäß § 16, Abs.1, StatGes (am 24. September 1955) zuzuleiten. Die Gründe hierfür lagen einmal in der zeitraubenden Verfahrensweise bei der Beratung der Entwürfe für die Rechtsgrundlagen; hierzu ist im vorjährigen Bericht bereits recht ausführlich Stellung genommen worden. Da dieser Zeitaufwand auch künftig als gegeben hingenommen werden muß, dürfte es sich erübrigen, hierüber noch einmal zu diskutieren. Andererseits erschien es erforderlich, die methodischen Probleme einer Statistik v o r ihrer erneuten rechtlichen Fundierung sorgfältig und ohne besonderen Zeitdruck zu prüfen, um nicht ohne Not veraltete Tatbestände erneut festzulegen. Das Bundesministerium des Innern hatte deshalb - gemäß dem Vorschlag des Statistischen Beirats auf seiner 2. Tagung - ein Änderungsgesetz vorbereitet, das am 15. August 1955 verkündet worden ist und die Frist um 2 Jahre, also bis zum 24. September 1957, verlängert hat.

Seit der letzten Unterrichtung des Statistischen Beirats über den Stand Mitte November 1954 sind 15 Rechtsgrundlagen (nur Verordnungen!) neu verkündet worden. Dagegen müssen bis zum Ablauf der Frist gemäß § 16, Abs.1, noch insgesamt 23 laufende Statistiken neue Rechtsgrundlagen (davon 12 Gesetze) erhalten, um die Fortführung des bisherigen Arbeitsprogramms sicherzustellen. Die Fortschritte sind also, gemessen an der Aufgabe, recht gering (siehe hierzu auch die als Anhang beigefügte Übersicht). Der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung hat deshalb in seiner 13. Sitzung im Oktober 1955 empfohlen, die noch ausstehenden Entwürfe - insbesondere die Gesetzentwürfe - beschleunigt im Sonderausschuß für Statistik der Länder und auch im Interministeriellen Ausschuß ab-

schließlich zu behandeln, damit sie spätestens Mitte des Jahres 1956 noch dem Bundeskabinett zugeleitet werden können. Für spätere Kabinettsvorlagen muß befürchtet werden, daß sich während der Parlamentsferien und der Wahlvorbereitungen im letzten Jahr der Legislaturperiode des Bundestages Zeitverluste ergeben, die evtl. eine rechtzeitige Behandlung der Vorhaben bei den gesetzgebenden Körperschaften verhindern. Im Anhang ist eine Gesamtübersicht über den Stand der Schaffung von Rechtsgrundlagen Mitte Januar 1956 beigelegt. Besonderes Augenmerk ist auf die Gesetzentwürfe zu richten, die noch nicht in den beiden Koordinierungsausschüssen beraten worden sind¹⁾. Es handelt sich dabei um folgende:

- Gesetz über Bodenbenutzungserhebungen
- Gesetz über die Statistik des Wachstumsstandes und der Ernte
- Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe
- Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt
- Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte
- Gesetz über die Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen
- Gesetz über die Preisstatistik
- Gesetz über die Finanzstatistik

Außerdem ist noch ein gewisses Stagnieren in der Prozedur bei wichtigen Gesetzentwürfen festzustellen, die bereits von den beiden Koordinierungsausschüssen beraten worden sind. Das gilt in erster Linie für das Bevölkerungsstatistische Gesetz.

Das Problem liegt darin, daß zu einigen dieser Statistiken Überlegungen stattfinden, die sich auf grundlegende methodische Fragen und auf entscheidende Fragen der zu erfassenden Tatbestände richten. Es besteht die Gefahr, daß durch die gebotene Eilbedürftigkeit solche Fragen nicht mit der erforder-

1) Es darf angenommen werden, daß bis zum Termin der Beiratssitzung die beiden Koordinierungsausschüsse noch einmal zusammentreten und einige der hier genannten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe beraten werden.

lichen Sorgfalt durchdacht und beraten werden können. Es würde zweifellos einen Rückschritt bedeuten, wenn in den Rechtsgrundlagen noch Verfahrensweisen festgelegt werden, an deren Stelle in absehbarer Zeit modernere - und zumeist auch zeit- und kostensparende - Methoden treten könnten. Entsprechendes gilt, wenn durch die Rechtsgrundlagen die Erfassung von Tatbeständen mit geringer Aktualität festgelegt wird, während Fragen, die in Kürze erforderlich werden, nicht gestellt werden können. Falls man gezwungen ist, sich jetzt dem Zeitdruck zu beugen, kann daraus die Notwendigkeit erwachsen, die verschiedenen Ausschüsse und die gesetzgebenden Körperschaften sehr bald mit Ergänzungs- bzw. Änderungsvorschriften zu den gerade erst erlassenen Rechtsgrundlagen in Anspruch zu nehmen.

Bei den Überlegungen für die Vorbereitung der Rechtsgrundlagen ist während der letzten Zeit wiederholt die Frage aufgetaucht, ob es sehr sinnvoll und zweckmäßig ist, wenn auch Bundesstatistiken, die auf f r e i w i l l i g e n Auskünften beruhen, einer besonderen Rechtsgrundlage bedürfen, selbst wenn die Statistischen Ämter über die Haushaltsmittel zur Durchführung solcher Statistiken verfügen. Zur Zeit wird von der Auffassung ausgegangen, daß nach den derzeit bestehenden Vorschriften des Statistischen Gesetzes auch für solche "freiwilligen Statistiken" eine Rechtsgrundlage erstellt werden muß. Die Rechtslage kann und braucht im Rahmen des Statistischen Beirats nicht diskutiert zu werden. Dagegen scheint der Beirat das geeignete Gremium zu sein, um die praktischen Konsequenzen für die Auftraggeber der amtlichen Statistik, für die Konsumenten ihrer Ergebnisse, aber auch für die Arbeitsweise der Statistischen Ämter selbst zu erörtern. Es darf nicht verkannt werden, daß die Aktualität und Elastizität der amtlichen Statistiken durch den Zwang, in jedem Falle eine Rechtsgrundlage zu schaffen, beschränkt werden. Das gilt insbesondere, wenn für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, deren Lösung keinen Verzug verträgt, entsprechend kurzfristig statistische Ergebnisse gefordert werden, während gleichzeitig das Statistische Bundesamt durch rechtliche Bedingungen am schnellen Handeln gehindert wird.

Die Statistischen Landesämter sind hier in einer günstigeren Lage, denn sie können sich für Landeszwecke durchaus mit der Bitte um freiwillige Auskünfte an Betriebe und Einrichtungen wenden. Die Versuchung ist groß, solche aktuellen Fragen nicht über die amtlichen Organe der Statistischen Ämter, sondern über andere - private aber meist staatlich subventionierte - Institute und Einrichtungen zu stellen. Dort befürchtet niemand, daß die "Grundsätze des Rechtsstaates und die Gewährleistung der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers" durch freiwillige Befragungen verletzt werden. Es dürfte sich von selbst verstehen, daß auch bei amtlichen Erhebungen die Befragten in solchen Fällen immer und deutlich auf die Freiwilligkeit der Befragungen hingewiesen werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß insbesondere Betriebe durchaus zwischen Verpflichtung und Freiwilligkeit zu unterscheiden wissen. Die kürzlich durchgeführte Interviewer-Erhebung bei den Rentnern hat außerdem erwiesen, daß auch private Personen gern zu freiwilliger Auskunftserteilung gegenüber amtlichen Stellen bereit sind, wenn sie in der richtigen Weise angesprochen werden. Das gleiche bestätigen auch die Probeerhebungen zum Mikrozensus.

Für solche Befragungen mit freiwilliger Auskunftserteilung spricht weiterhin, daß sie sich im allgemeinen nur an eine verhältnismäßig kleine Zahl von Befragten wenden und auch einen entsprechend geringeren finanziellen Aufwand erfordern dürften. Eine recht enge Grenze ist auch dadurch gesetzt, daß die Statistischen Ämter nur in Ausnahmefällen und dann auch nur in geringer Höhe über Mittel für solche Befragungen verfügen. Die Bereitstellung finanzieller Mittel, für die in manchen Fällen eine Rechtsgrundlage für unerläßlich gehalten wurde, dürfte für Befragungen mit freiwilliger Auskunftserteilung auch auf dem Wege der gemeinsamen Verwaltungsanordnung gesichert werden können.

Vielleicht ließe sich in solchen Fällen - d.h. also bei einmaligen Befragungen, die schnell durchgeführt werden müssen, sich nur an eine kleine Zahl von Befragten wenden, bei den statistischen Ämtern nur einen relativ geringen Mittelaufwand erfordern und evtl. auch an eine laufende Statistik angehängt werden können - prüfen, ob nicht doch auf die Schaffung einer

Rechtsgrundlage verzichtet werden kann. Aufgabe der zuständigen Juristen wäre es zu untersuchen, ob dieser Verzicht auf der Grundlage des Statistischen Gesetzes möglich ist, oder ob hierfür eine Abänderung des Statistischen Gesetzes erforderlich ist. Dies gilt selbstverständlich nicht für diejenigen laufenden Statistiken, die zum festen Arbeitsprogramm gehören und nur aus besonderen sachlichen Gründen auf freiwilliger Basis geführt werden (Wirtschaftsrechnungen, Ernteberichterstattung). Hier wird das Vorliegen eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung immer als zweckmäßig zu betrachten sein.

II. Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Bewältigung der sich im Jahre 1956 kumulierenden einmaligen Zählungen

Nachdem vor einigen Monaten ein Versuch, durch den Interministeriellen Ausschuß eine bessere Verteilung der großen Zählungen (Handwerkszählung, Wohnungsstatistik, Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, Einkommensteuerstatistik) auf mehrere Jahre zu erreichen, fehlgeschlagen ist, haben die Statistischen Landesämter im Auftrage ihrer Dienstaufsichtsbehörden nach Wegen gesucht, um angesichts der Schwierigkeiten in der Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte, Räume und Maschinen die Zusammenballung der zusätzlichen Zählungsarbeiten im Jahre 1956 zu bewältigen. Sie haben überlegt, ob vorübergehende Einschränkungen im laufenden Programm vorgeschlagen werden sollten, damit hierdurch zumindest in gewissem Umfang eingearbeitetes Aufsichtspersonal für die Zählungen frei wird.

Es haben sich dabei Vorschläge ergeben, die insbesondere vom Standpunkt der Statistischen Landesämter nahelagen und sich daher auf technisch-methodische Rationalisierungsanregungen, auf landesstatistische Bedürfnisse und auf die Tiefe der regionalen Ergebnisse beziehen. Es bleibt abzuwarten, wie die weitere Behandlung dieser Vorschläge in den zuständigen Gremien verläuft und in welchem Umfang sich hierdurch tatsächlich eine Entlastung für die Ämter ergibt.

Die Konsequenz könnte evtl. sein, daß durch das Zusammentreffen mehrerer großer Erhebungen die Aufbereitungsfristen für jede einzelne Zählung länger werden, als es ohne diese zeitlichen Überschneidungen notwendig wäre.

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes an anderen deutschen Einrichtungen

1. Interministerieller Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Bilanzen

Dieser zum Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit seit Jahren gehörende Arbeitskreis wird von dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes geleitet. Hier wurden im vergangenen Jahre für verschiedene Zwecke, insbesondere für den jährlichen OEEC-Bericht, für die Haushalts-Aufstellungen des Haushaltsplans durch den Bundesminister der Finanzen und im Zusammenhang mit dem deutschen Beitrag zur NATO sowie den Arbeiten des Ministerausschusses für die Sozialreform auf der Grundlage der Sozialproduktsberechnungen für die Vergangenheit die von den Bundesministerien, insbesondere vom Bundesministerium für Wirtschaft, erarbeiteten Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung diskutiert und koordiniert. Dabei wurden die Möglichkeiten und Grenzen der für solche Vorausschätzungen anzuwendenden Methoden, vor allem auch unter Berücksichtigung des in Deutschland für die Vergangenheit verfügbaren Materials eingehend erörtert.

2. Mitarbeit in anderen Regierungsausschüssen

Das Statistische Bundesamt war im vergangenen Jahr außerdem an den Arbeiten verschiedener Gremien beteiligt, die sich mit der Lösung wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen beschäftigen. Erwähnt seien hier der Beirat für Fragen des unselbständigen Mittelstandes beim Bundesminister für Sonderaufgaben Dr. Schäfer und der Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesminister für Arbeit. In dem zuletzt erwähnten Beirat wirkte das Amt vor allem in den Ausschüssen für Rentenversicherung und für Frühinvalidität mit.

Auch an den Vorbereitungen des Landwirtschaftsgesetzes war das Statistische Bundesamt u.a. durch Teilnahme an den Tagungen des Wissenschaftlichen Beirates beteiligt. Nach Erlaß des Gesetzes wurde der Leiter der Abteilung Landwirtschaftsstatistik, Dr. Rauterberg, als ständiger Sachverständiger für seine Person in den Beirat zur Feststellung der Ertragslage der Landwirtschaft berufen.

3. Bundesausschuß Betriebswirtschaft

Der im Rahmen des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) arbeitende Bundesausschuß Betriebswirtschaft hat im vergangenen Jahr nur eine Vollsitzung abgehalten. Auf dieser referierte das Statistische Bundesamt über die Struktur der Kapitalverhältnisse. Neben den nur für Teilgebiete vorhandenen Ergebnissen der Kostenstrukturerhebung 1950 konnten als Unterlagen bisher nur die Ergebnisse der Bilanzstatistik für die Kapitalgesellschaften herangezogen werden. Erst die Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik für 1953 wird einen Überblick über den gesamten Bereich der Wirtschaft bringen. Es wurde auch hier Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß statistisches Material über die Kapitalstruktur nur für Unternehmungen mit der Rechtsform der Aktiengesellschaften bekannt ist. Wegen der anders gearteten Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten gerade dieser Gesellschaften kann das hier gewonnene Bild keineswegs auf andere Unternehmungen übertragen werden. Es wurde ferner Gelegenheit genommen, die vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Anregungen zur Reform der Publizität der Aktiengesellschaften einem breiteren Kreise zu vermitteln.

Unterausschüsse haben über betriebswirtschaftliche Fragen der Abschreibungen, der Liquidität und der Gewinnermittlung gearbeitet. Auch hierbei hat sich wiederum gezeigt, daß die gleichen Probleme, die den Statistiker und Volkswirt vor allem in der Abschreibungsfrage beschäftigen, auch in der Betriebswirtschaft noch höchst umstritten sind (z.B. die Frage der wirtschaftlichen Lebensdauer von Anlagen im Gegensatz zur technischen Lebensdauer, Problematik der Einführung von Wiederbeschaffungswerten in ein grundsätzlich auf Nominalwerten aufgebautes System der Buchführung u.a.m.).

4. Deutscher Normenausschuß (DNA)

Das Statistische Bundesamt hat im Laufe des vergangenen Jahres weiterhin an den Aufgaben, die sich die beiden Unterausschüsse des Arbeitsausschusses "Statistik" des Deutschen Normenaus-

schusses gestellt haben, mitgearbeitet. Von den wichtigeren Vorhaben des Unterausschusses "Technik der Statistik" sind in der Zwischenzeit unter Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes insbesondere folgende gefördert worden:

Darstellung und Veröffentlichung statistischen Materials
Gestaltung statistischer Tabellen
Genauigkeit statistischer Größen

Als neue Aufgabe wurde die Arbeit an den Definitionen und der Terminologie gewisser Grundbegriffe der statistischen Arbeitstechnik aufgenommen. Das Statistische Bundesamt ist mit dem Ziel beteiligt, nur solche Begriffe auszuwählen und zu definieren, die sich durch Konvention regeln lassen.

Im Bereich der mathematischen Statistik fand im September 1955 in London eine Arbeitsgruppen-Sitzung der "International Organization for Standardization (ISO)" über "Fragen der nationalen und internationalen Normung mathematisch-statistischer Begriffe" statt, auf der die Bundesrepublik durch das Statistische Bundesamt vertreten war. Die Mitarbeit an der deutschen Liste des von Kendall aufgestellten "Dictionary of Statistical Terms" wurde fortgesetzt.

5. Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Die Verbindung zur Arbeitsgemeinschaft beschränkte sich im wesentlichen auf die Mitarbeit von Vertretern dieser Arbeitsgemeinschaft in den Fachausschüssen und auf die Teilnahme von Amtsangehörigen an Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft (Mitgliederversammlung "Jour fixe" und Arbeitskreis-Tagungen). In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Präsident des Statistischen Bundesamtes einen Vortrag über "Die Produktivitätsmessung und ihre Anwendung in der Wirtschaftspraxis".

Der unter dem Vorsitz des Statistischen Bundesamtes stehende Arbeitskreis "Statistisches Instrumentarium für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung", der in zeitlicher Verbindung mit dem Arbeitskreis "Konjunkturbeobachtung" tagt, ist im vergangenen Jahre nicht zusammengetreten. Dies ist z.T. darauf

zurückzuführen, daß die Arbeitsgemeinschaft laufend an den Arbeiten des Statistischen Bundesamtes in den Fachausschüssen beteiligt ist und vielfach auch in dem sog. "Jour fixe" Auskünfte über statistische Arbeiten erbeten und bekommen hat. Bei der allgemeinen Überlastung mit Tagungen sah sich das Statistische Bundesamt zu einer Einberufung des Arbeitskreises nicht verpflichtet, solange nicht von den Mitgliedsinstituten konkrete und wichtige Tagesordnungspunkte angemeldet werden. Das Statistische Bundesamt plant, den Arbeitskreis demnächst zu einer Besprechung des Problems der sog. "Short term economic indicators" einzuberufen (siehe weiteres unter Punkt A IV 2 b).

IV. Bericht über die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen statistischen Tagungen und Projekten

1. Allgemeine Bemerkung

Die Zugehörigkeit und Mitarbeit der Bundesrepublik bei einer immer größeren Zahl internationaler Organisationen hat für das Statistische Bundesamt eine Fülle von Arbeiten mit sich gebracht, die es vor dem Kriege in dieser Form noch nicht gab. Auch wenn es sich vielfach um nur lose und z.T. auf einzelne Teilgebiete des staatlichen oder wirtschaftlichen Lebens beschränkte "Staatenbünde" handelt, so ist doch für das Statistische Bundesamt neben das System der Beiräte und Fachausschüsse in der Bundesrepublik noch ein zweites entsprechendes System von Fachausschüssen und Arbeitskreisen bei den internationalen oder übernationalen Stellen getreten.

Das letzte Jahr hat dank der Initiative der in der Konferenz Europäischer Statistiker bei ECE zusammengeschlossenen Leiter der Statistischen Zentralämter dazu geführt, die Arbeiten der verschiedenen internationalen Gremien besser zu koordinieren. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß es eine den Statistischen Zentralämtern voll entsprechende internationale Instanz nicht gibt und daß es bisher nur der Konferenz der Europäischen Statistiker gelungen ist, die leitenden Statistiker der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf (ECE), des Internationalen Arbeitsamtes (ILO), der Ernährungs- und Landwirtschafts-

organisation der Vereinten Nationen (FAO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris (OEEC), des Europarates in Straßburg und nicht zuletzt der Montan-Union an einen Tisch zu bringen. Auf diese Weise konnten auch bis zu einem gewissen Grade die Statistiker der Vereinten Nationen (UN) sowie der Weltbank und des Weltwährungsfonds mit herangezogen werden.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß ein Teil der weltweiten Organisationen das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die Unterstützung der sog. "unterentwickelten Länder" abstellt. Es entsteht so die Gefahr, daß die statistischen Probleme der weiter entwickelten Länder etwas zu kurz kommen. Die Behandlung statistischer Probleme im europäischen Rahmen bildet hier ein gewisses Gegengewicht. Die regionale Zusammenfassung der Länder entspricht allerdings keineswegs dem gleichen Stand statistischer Interessen und einige der angeschlossenen Organisationen (vor allem ILO und FAO) besitzen keine regionalbegrenzten Organisationen.

Diese internationale Zusammenarbeit ist für das Statistische Bundesamt in zweierlei Richtung von Wert. Die Einflußnahme auf das Programm und die Koordinierung der Arbeiten der verschiedenen internationalen Gremien soll dafür sorgen, die auf die Statistischen Zentralämter der einzelnen Staaten zurückfallende Arbeit in tragbaren Grenzen zu halten, was besonders dann erreicht werden kann, wenn die für nationale und internationale Zwecke verwendeten Begriffe und Gruppierungen übereinstimmen oder auseinander ableitbar sind. Der zweite, sehr wesentliche Vorteil liegt im Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den ausländischen Kollegen, der mit dazu führt, daß Methoden und Maßnahmen, die sich in anderen Ländern als vorteilhaft oder auch als unbrauchbar erwiesen haben, bei den deutschen Arbeiten von vornherein entsprechend berücksichtigt werden können.

2. Konferenz Europäischer Statistiker in Genf

Auf der 3. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker im September 1955 in Genf sind - wie im Vorjahr - sowohl die

von der Konferenz selbst in Gang gesetzten Arbeiten als auch die von anderen Gremien geleisteten statistischen Arbeiten diskutiert worden. Es kann wohl als ein Beweis der allseits empfundenen Nützlichkeit eines solchen Überblicks gelten, daß alle internationalen Stellen ohne Rücksicht auf die manchmal etwas schwierigen Verhältnisse ihrer rechtlichen Zuständigkeit dieses Forum der Statistikerkonferenz benutzt haben, um über ihre Arbeiten zu berichten. Der Bericht über die 3. Plenarsitzung gibt daher einen guten Überblick über die Gesamtheit der statistischen Arbeiten in den internationalen Regierungsorganisationen. Er ist aus diesem Grunde im Statistischen Bundesamt übersetzt und diesem Bericht im vollen Wortlaut als Anlage beigelegt. Auf eine nochmalige Darstellung der Arbeiten selbst wird daher im folgenden verzichtet. Es werden nur einige vom deutschen Standpunkt aus wichtig erscheinende Hinweise gegeben.

- IV / a) Zum Problemkreis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (§§ 12 bis 41 des Konferenzberichtes)

Unter diesem Stichwort seien die zusammenhängenden Probleme der Statistik der Anlage-Investitionen und der Vorräte einschl. der Statistik der Abschreibungen sowie die Statistik der Ersparnisse, die Input-Output-Tabellen und die vierteljährlichen Schätzungen des Volkseinkommens zusammengefaßt. Über alle diese Fragen liegt der Bericht einer Arbeitsgruppe vor, der nunmehr auch Interessenten außerhalb der Konferenz zugänglich gemacht werden kann (Nummer des Dokumentes: Conf. Eur.Stats/WG.5/3).

Die Arbeiten über die Statistik der Anlage-Investitionen und der Vorräte - also über die "Capital Formation" - sind zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gebracht worden. Wir haben auch von deutscher Seite sehr dafür plädiert, daß den Ländern zunächst einmal Zeit gelassen werden müßte, um die erreichten Erkenntnisse bei ihren Berechnungen zu verwenden und Erfahrungen zu sammeln. Offen geblieben ist noch die Statistik der Abschreibungen - der "Capital Consumption" -, die in diesem Frühjahr behandelt werden soll. Diese überall sehr schwierige oder gar ganz im argen liegende Statistik der Abschreibungen hat auf die allseits interessierende Höhe

der Netto-Investitionen sicherlich viel größere Auswirkungen als zahlreiche andere methodische Fragen.

Die Diskussion über die Aufstellung von Input-Output-Tabellen hat zweifellos gewisse Fortschritte in der Klärung der Grundvorstellungen gebracht. Übereinstimmung der Meinungen besteht wohl darin, daß das statistische Bild der wirtschaftlichen Verflechtungen im Unternehmensbereich auf alle Fälle für die Probleme der Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftsdiagnose von größtem Wert ist. Dies gilt auch dann, wenn man das so gewonnene Bild der Verflechtungen nicht unbedingt als Ausgangspunkt von alternativen Durchrechnungen verwenden will. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Aufstellung eines solchen Verflechtungsbildes noch eine Fülle von Problemen aufwirft, die bei der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsstatistik berücksichtigt werden müssen. Es sei hier nur die Frage der Erhebungs- oder richtiger der Darstellungseinheit genannt, die als Ausgangspunkt der Zusammenfassung und Gliederung des Unternehmensbereiches nach einzelnen Wirtschaftsbereichen dienen soll, ferner alle damit zusammenhängenden Fragen einer Systematik der Unternehmungen und der Arbeitsstätten.

Es tritt weiter das Problem auf, wie man von den auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts wichtigen produzierenden Unternehmungen zu einer Gliederung nach Waren kommt, die man für die Verwendungsseite des Sozialprodukts kennen will. Alle diese Dinge sind noch so problematisch, daß man wohl kaum in naheliegender Zukunft eine internationale Standardisierung von Input-Output-Tabellen wagen kann.

Hinsichtlich der Vierteljährlichen Volkseinkommensberechnungen hat sich bei einer Reihe von Ländern, die ebenso wie das Statistische Bundesamt derartige Berechnungen seit einiger Zeit durchführen, aber noch nicht veröffentlicht haben, eine erhebliche Skepsis gezeigt, besonders, wenn das Schwergewicht auf der Entstehungsseite liegt. Der Jahresrhythmus der landwirtschaftlichen Produktion und auch der Jahresabschluß der Rechnungen der Unternehmungen führen dazu, daß man wichtige Posten für kürzere Zeiträume statistisch nicht erfassen kann. Diese

Skepsis, die auch noch auf anderen Gründen beruht, hat mit dazu geführt, daß das Problem der sog. "short term economic indicators", also die Prüfung der Frage, welche statistischen Reihen für die kurzfristige Wirtschaftsdiagnose von Nutzen sind, auf das Arbeitsprogramm gesetzt wurde.

- b) Statistiken für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung
- Aufgrund der Beschlüsse der 3. Vollsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker hat das Sekretariat der ECE eine kleine Sachverständigengruppe (aus wenigen Ländern) eingeladen, die das Programm und die Tagesordnung einer Arbeitsgruppe festlegen sollte, die im Mai (unter Teilnahme von Vertretern aller Mitgliedsländer) zusammentreten soll. Die Sachverständigengruppe hat anhand eines an den Vorstellungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen orientierten Rahmens überlegt, welche makroökonomischen Tatbestände, die bei einer laufenden Wirtschaftsanalyse von Wichtigkeit sind, entweder genau oder zum mindesten annäherungsweise durch kurzfristige, d.h. monatliche oder vierteljährliche statistische Reihen gemessen werden könnten. Dabei wurde ferner überlegt, ob die hierfür in Betracht kommenden Reihen nur das Bild der abgelaufenen Zeit darstellen können oder ob sie von der Natur des erfaßten Tatbestandes her (z.B. Investitionsabsichten, Auftragsbestände u.ä.) eine gewisse Beurteilung der Entwicklung in der nächsten Zukunft erlauben.

Anhand des so gewonnenen Überblicks über die praktisch denkbaren Möglichkeiten wurden zunächst einmal diejenigen Statistiken ausgesondert, deren weitere Entwicklung bereits in anderen Gremien zur Diskussion steht (z.B. Einzelhandelsumsätze, Bau- und Wohnungsstatistiken, Industrieproduktionsstatistiken). Aus den dann verbleibenden Reihen wurde unter Prioritäts Gesichtspunkten zunächst ein Komplex von noch immer 11 Tatbeständen ausgewählt, für die eine weitere Behandlung in naher Zukunft notwendig erscheint. Da die für den Mai 1956 geplante Konferenz jedoch nur eine beschränkte Zahl von Themen behandeln kann und auch nur für eine sehr beschränkte Zahl von

Themen die notwendigen Vorbereitungsarbeiten vom Sekretariat bewältigt werden können, einigte man sich darauf, daß auf der Mai-Tagung die nachstehenden Fragen behandelt werden sollten:

- 1) Überblick über die gesamte Problematik und Darlegung der Gesichtspunkte, die für die Auswahl der Tagesordnungspunkte maßgebend waren
- 2) Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten, die Zusammenstellung und Veröffentlichung bereits vorhandener kurzfristiger Daten zu beschleunigen. (Beispiel für eine schnelle Veröffentlichung waren insbesondere der deutsche Produktionsindex und die Außenhandels-, Einzelhandelsumsatz- und Preisstatistiken.)
- 3) Die laufende Statistik der Investitionsausgaben und der Investitionsabsichten
- 4) Probleme der statistischen Erfassung von Auftrags-eingängen und Auftragsbeständen

Von Seiten des Statistischen Bundesamtes besteht die Absicht, den hier angeschnittenen Problemkreis in dem von der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute gebildeten Arbeitskreis über das statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung zu diskutieren. Dieser Arbeitskreis dürfte wohl am vollständigsten alle an dieser Frage interessierten Stellen umfassen. Die Arbeiten befinden sich auch in Genf noch in einem Anfangsstadium und es bleibt abzuwarten, welchen Weg die diesjährige Europäische Statistikerkonferenz gutheißen wird.

c) Statistik über die Entwicklung des Groß- und Einzelhandels

Die Arbeiten auf diesem Gebiet hatten sich ursprünglich mit der Entwicklung der laufenden Statistiken über Umsätze und Lagerhaltung im Groß- und Einzelhandel befaßt. Es hat sich dann aber herausgestellt, daß gleichzeitig eine Expertengruppe der UN über den gesamten Problemkreis der sog. "Distribution Statistics" verhandelt und damit nicht nur das Programm einer laufenden Statistik, sondern auch die grundlegenden, nur durch einen Zensus oder zensusähnliche Erhebungen zu erfassende Tatbestände untersucht. Die Arbeitsgruppe der ECE hat daraufhin im Januar 1956 zu einem sehr umfangreichen Dokument des UN-Gremiums Stellung genommen.

In den Bereich der Absatzstatistiken sollen nicht nur der Groß- und Einzelhandel, sondern die in besonderen Niederlassungen arbeitenden Absatzorgane der Industrie sowie weite Bereiche der privaten Dienstleistungsgewerbe einbezogen werden. In langfristig durchzuführenden Gesamterhebungen sollen die wichtigsten Daten über die Struktur und die Leistungen der Betriebe der Absatzwirtschaft ermittelt werden. Darüber hinaus ist aber auch die Erfassung von Daten vorgesehen, die nur auf Unternehmungsbasis sinnvoll dargestellt werden können.

Systematische Grundlage dieser Arbeiten ist die Internationale Gewerbeklassifikation, die aber dringend einer Verfeinerung bedarf, da in ihr beispielsweise der gesamte Großhandel und der gesamte Einzelhandel nicht weiter unterteilt sind. Die Frage, inwieweitgehendem Maße die verschiedenen Daten für Betriebe dargestellt und in welchem Maße sie nur für Unternehmen dargestellt werden können, wird noch weiter behandelt werden.

Für die kurzfristige Beobachtung der Wirtschaftsentwicklungen sollen für wichtige Zweige der Absatzwirtschaft Feststellungen über die Umsätze und die Lagerhaltung getroffen werden, wobei in vielen Fällen eine unmittelbare Erfragung der Lagerbestände im Jahresverlauf voraussichtlich unmöglich ist. Es sollen dann durch Erfragung von Umsätzen und Wareneingängen unter Benutzung der aus Jahreserhebungen bekannten Lagerbestände und Roherträge die Zwischenlager errechnet werden. Auch Feststellungen über Investitionen sollen getroffen werden.

Vom deutschen Standpunkt aus kann gesagt werden, daß wir für die laufende Entwicklung über einigermaßen gutes Material verfügen, daß wir aber darüber hinaus nur sehr wenige Strukturdaten besitzen, die in der Hauptsache aus der Arbeitsstättenzählung 1950 und aus der dazugehörigen Kostenstrukturerhebung 1950 stammen.

Die internationalen Vorarbeiten können also sehr nützlich sein, um für die Zählung des Jahres 1960 zu einem moderneren und ausgewogeneren Programm der für den Bereich des Groß- und Einzelhandels wichtigen Tatbestände zu kommen.

a) Vorbereitung der nächsten Volkszählung

Die erste Diskussion im August ergab, daß ein möglichst für alle Staaten verbindliches Frageprogramm für die Volkszählungen um 1960 empfohlen werden soll. Es umfaßt durchweg Merkmale, die mit Ausnahme der Frage nach der Schulbildung schon in den bisherigen deutschen Volkszählungen enthalten waren. Darüber hinaus wurde eine ergänzende Liste von Merkmalen zusammengestellt, die auch empfohlen, aber nicht allgemein verbindlich gemacht werden soll.

Wesentlich größere Schwierigkeiten bereitete die Diskussion über die Definition und Klassifizierung der einzelnen Tatbestände. Es war z.B. schon nicht möglich, einen für internationale Vergleiche gültigen Bevölkerungsbegriff zu vereinbaren. Besonders deutlich wurden die Schwierigkeiten im Bereich der Berufszählung. Hier zeigten sich schon bei einem Versuch, zu einer einheitlichen Abgrenzung der Erwerbspersonen zu kommen, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Konzepten.

Von deutscher Seite wurde die Notwendigkeit des Ausbaues der Haushaltssstatistik und der Weiterentwicklung der bisherigen "Stellung im Beruf" zu einer "sozio-ökonomischen" Gliederung betont. Beide Punkte bilden eigentlich die einzigen Versuche, das bisherige Volkszählungsprogramm neuen Erfordernissen anzupassen.

Im Februar 1956 sollen durch eine Arbeitsgruppe in Genf die Möglichkeiten eines besseren Nachweises der sozio-ökonomischen Gliederung der Bevölkerung bei der nächsten Zählung diskutiert werden. Es geht hier darum, aus der bisherigen Gliederung nach der sog. Stellung im Beruf unter Verwendung der Berufsangaben möglicherweise in Kombination mit anderen erfaßbaren Daten zu Gruppierungen zu kommen, die den modernen ökonomischen und sozialen Problemen besser angepaßt sind.

Außerdem sollen zur Fortsetzung der Arbeiten vom Sekretariat Memoranden über die folgenden Punkte ausgearbeitet werden:

- (a) Haushaltsstatistik
- (b) Klassifikation des Familienstandes
- (c) Definition der Erwerbspersonen
- (d) Definition der Volkszugehörigkeit
- (e) Tabellenprogramm
- (f) Verbindung mit einer Wohnungszählung
- (g) Genauigkeit der Zählungsergebnisse

Der erste Versuch, möglichst frühzeitig zu einer Aussprache über ein einheitliches Programm für die Volkszählungen des Jahres 1960 zu kommen, hat also bisher keine Aufsehen erregenden Ergebnisse gezeitigt. Es hängt dies damit zusammen, daß die Vorbereitung von Seiten der UN stark unter dem Gesichtspunkt steht, einige wichtige Grundzahlen für alle Länder der Welt zu bekommen. Diese Grundzahlen sind aber im deutschen Programm einer Volkszählung seit je her enthalten.

Hinsichtlich des Zählungszeitraumes wurde bekannt, daß in einigen Staaten schon 1956 bis 1958, in den meisten jedoch 1960 oder 1961 gezählt werden wird. (Im übrigen siehe hierzu auch die Ausführungen im Teil B, S.86).

- e) Weitere Punkte des laufenden Arbeitsprogramms
(von der Konferenz selbst festgelegte Arbeiten)

Es sei hier nur auf den Abschnitt III A bis E des Konferenzberichtes hingewiesen. Es handelt sich um Probleme, die z.T. in sehr eingehender Form im Rahmen der Montan-Union bearbeitet werden. (Reallohnvergleiche und damit zusammenhängende Fragen des Verbrauchs (Wirtschaftsrechnungen) und der Preise.) Für die Bundesrepublik als eines der an diesen Arbeiten stark beteiligten Länder ist es daher besonders wichtig, daß bei etwaigen Arbeiten im größeren europäischen Rahmen auf diesen Arbeiten der Montan-Union aufgebaut wird und möglichst neue zusätzliche internationale Definitionen und Klassifikationen vermieden werden.

- f) Zukünftiges Arbeitsprogramm der Europäischen Statistikerkonferenz

Das laufende und zukünftige Arbeitsprogramm der Konferenz ist als Anhang II zum Konferenzbericht abgedruckt. Bei der Fülle der bereits laufenden Arbeiten und den sich daraus ergebenden zusätzlichen Aufgaben wird es in erster Linie dar-

auf ankommen, Prioritäten für die bereits im Arbeitsprogramm genannten Themen aufzustellen und weniger darum, neue Themen hinzuzufügen. Das Statistische Bundesamt wäre für Anregungen des Beirates hierzu dankbar.

g) Beteiligung an den statistischen Arbeiten der ECE-Fachausschüsse

Im abgelaufenen Jahre nahmen Vertreter des Amtes an folgenden Tagungen statistischer Arbeitsgruppen der ECE-Fachausschüsse teil:

(i) Stahlstatistik

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Ländern, bei denen Lieferstatistiken der Produzenten für Normalstahl (nicht jedoch für Edelstahl) vorliegen. Schwierigkeiten für die einheitliche Gestaltung von Lieferstatistiken ergeben sich besonders für solche Länder, bei denen ein großer Teil des verbrauchten Stahls durch Importe gedeckt wird oder bei denen ein verhältnismäßig großer Teil des im Inland erzeugten Stahls über die Händler an die Verbraucher geht.

Unterlagen über die Lagerbewegung bei Händlern und Verbrauchern liegen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in zahlreichen anderen Ländern nicht vor. Die ECE muß sich vorläufig bei der Abfassung ihrer Marktstudien mit allgemeinen Urteilen der Länder begnügen, um Fehltritte des Sekretariats über den tatsächlichen Stahlverbrauch zu vermeiden.

Eine kleine Expertengruppe erörterte im Dezember 1955 Fragen der Liefer- und Bestandsstatistik an Stahl und untersuchte ferner die Möglichkeiten, zu brauchbaren Zahlen über den tatsächlichen Stahlverbrauch zu gelangen. Es wurde die Frage untersucht, ob der Stahlverbrauch der einzelnen Industriezweige aufgrund der Angaben über die mengenmäßige Produktion dieser Industriezweige hinreichend genau geschätzt werden kann.

(ii) Ertrags- und Aufwandsrechnungen für die Landwirtschaft

Die gemeinsame FAO/ECE-Fachabteilung Landwirtschaft veranstaltete im Januar 1955 eine Expertentagung, an der auch ein Vertreter des Amtes teilnahm. Im Mittelpunkt

der Besprechungen stand der Entwurf eines "Handbuches über Definitionen und Methoden für Tabellen über den landwirtschaftlichen Rohertrag (output) und die Aufwendungen in europäischen Ländern". Das Statistische Bundesamt war besonders daran interessiert, daß der Sektor Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft möglichst nach den gleichen Richtlinien dargestellt wird, die für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen allgemein gelten. Der revidierte Entwurf dieses Handbuchs liegt jetzt zur Stellungnahme dem Statistischen Bundesamt vor. Gewisse Einwendungen müssen gegen den Begriff der "Nationalen Farm" (oder des Bundeshofs) gemacht werden, da eine solche Netto-Rechnung nicht erlaubt, den Bereich der Landwirtschaft nach Betriebsformen oder regional zu unterteilen. Weitere Einwendungen betreffen die Zusammenhänge mit dem Standard-System der OEEC und eine einheitliche Abgrenzung zwischen Faktorleistungen und anderen Dienstleistungen.

(iii) Verkehrsstatistik

Aus dem umfangreichen Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe Statistischer Sachverständiger für Verkehrsstatistik ist besonders die erstmalige Behandlung von Fragen der Straßenverkehrsunfallstatistik hervorzuheben. Trotz eines bereits entwickelten einheitlichen Tabellenprogramms weichen die Ergebnisse der Unfallstatistiken in den europäischen Ländern wegen mangelnder Koordinierung bei der Erfassung und bei gewissen Begriffsbildungen noch erheblich voneinander ab. Eine Reihe deutscher Vorschläge wurde angenommen; andererseits ergaben sich auch kleine Änderungen der deutschen Statistik.

Die Gütersystematik der UIC wurde auf die internationale Systematik der UN (SITC) abgestimmt. Die Abstimmung mit Systematiken anderer Organisationen ist das nächste Ziel.

(iv) Wohnungs- und Baustatistik

Auf den Tagungen der Arbeitsgruppe Wohnungs- und Baustatistik werden die deutschen Interessen von Vertretern

des Bundesministeriums für Wohnungsbau und des Statistischen Bundesamtes gemeinsam wahrgenommen. Die letzte Tagung fand im Mai 1955 statt und galt besonders der internationalen Abstimmung der Begriffsdefinitionen, die bei den Wohnungsbestandsaufnahmen und bei der laufenden Bautätigkeitsstatistik und Wohnungsfortschreibung eine Rolle spielen. Es wurden u.a. auch Vorschläge zur Anpassung der früher vom Völkerbund entwickelten Definitionen an die europäischen Verhältnisse gemacht. Die ECE veröffentlicht in einem vierteljährlichen Bulletin für eine große Zahl europäischer Länder wichtige wohnungs- und baustatistische Daten, die unter laufender Beratung durch die Arbeitsgruppe zusammengestellt und mit Erläuterungen über die verwendeten Begriffe und über die Grenzen der Vergleichbarkeit versehen sind.

(v) Kohlestatistik

Die Arbeitsgruppe für Kohlestatistik der ECE beschäftigt sich mit Fragen der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken über die Kohleproduktion, die Beschäftigung, den Kohleverbrauch, die Kohlenpreise und die Löhne der Beschäftigten im Kohlenbergbau. Die deutschen Interessen werden in diesem Ausschuß von je einem Vertreter der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und des Statistischen Bundesamtes gemeinsam wahrgenommen. Die statistischen Daten über die Kohlewirtschaft in einer größeren Zahl europäischer Länder werden in einem vierteljährlich erscheinenden "Bulletin of Coal Statistics" von der ECE veröffentlicht.

3. Statistische Arbeiten der OEEC einschließlich der Projekte der Europäischen Produktivitätszentrale

a) Mitarbeit am OEEC-Bericht der Bundesregierung

An den statistischen Arbeiten der OEEC ist das Statistische Bundesamt zunächst dadurch beteiligt, daß es einen großen Teil der statistischen Unterlagen für den jährlichen Bericht der Bundesregierung an die OEEC liefert. Damit im

Zusammenhang stehen auch die teils mündlich teils schriftlich geführten Diskussionen über die Abweichungen der deutschen Berechnungen vom Standard-System der OEEC, da diese anhand ihres Standard-Systems versucht, vergleichbare Sozialproduktsberechnungen für die Mitgliedsländer jährlich zu veröffentlichen.

b) Methodische Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹⁾

Nach längerer Pause hatte die National Accounts Division der OEEC im November 1955 zu einer Sitzung eingeladen, auf der methodische Fragen der Weiterentwicklung des Standard-Systems erörtert wurden. Dabei wurden zwei verschiedene Problemkreise behandelt, und zwar die Preis- und Mengenvergleiche im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und spezielle Probleme des Standard-Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC, die einer Klärung und Ergänzung bedürfen.

(1) Preis- und Mengenvergleiche im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Frage nach der Preis- und Mengenentwicklung ist für den zeitlichen und internationalen Vergleich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von großer Bedeutung (Berechnung zu konstanten Preisen, Umrechnung in einheitliche Währung). Eine erste Diskussion dieses Problems hat innerhalb der OEEC vor drei Jahren stattgefunden. Das Generalsekretariat der OEEC hatte zu der genannten Sitzung eine ausführliche Ausarbeitung von Prof. R. S t o n e vorgelegt, in der die Anregungen der früheren Sitzung berücksichtigt waren. Diese Ausarbeitung enthielt grundsätzliche Überlegungen über Preis- und Mengenindices im Rahmen der volkswirtschaftlichen Theorie und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, über die Aufgliederung des Wertes von Waren und Dienstleistungen in Mengen und Preise (eine Frage, die vor allem bei Dienstleistungen nicht immer leicht und ein-

Der hier eingefügte Bericht ist bereits als Besprechungsunterlage für den Fachausschuß "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" versandt worden.

deutig zu entscheiden ist), über die Behandlung von Qualitätsänderungen und von neuen und verschwindenden Produkten, über die Behandlung der mit Waren verbundenen Dienstleistungen bei der Preisbereinigung, über die Ausschaltung von Saisoneinflüssen und über die Behandlung der Ströme, die keine Güterströme sind (z.B. Einkommen, Steuern usw.). Die Ausarbeitung schloß mit einigen Vorschlägen für die praktische Lösung der theoretischen Probleme. Die Diskussion führte zu einer weiteren Klärung der grundsätzlichen Fragen und zu neuen Anregungen für die Preisstatistik.

Für die deutschen Teilnehmer war die ausführliche Erörterung der Frage, ob bei Preis- und Mengenvergleichen die Marktpreise oder die Faktorkosten zugrunde gelegt werden sollen, von besonderem Interesse. Das Statistische Bundesamt hatte auch früher schon den Standpunkt vertreten, daß eine Bewertung des Sozialprodukts zu Faktorkosten bei dem deutschen Steuersystem nur in gewissen Grenzen und höchstens auf der Entstehungsseite vorgenommen werden kann. Darüber hinaus wurde auch der theoretische Wert des Faktorkostenkonzepts und die Bedeutung, die ihm u.a. im Hinblick auf die Grenzkostentheorie unterstellt wurde, angezweifelt.

Wiederholte Diskussionen über die Behandlung der Veränderungen der Austauschrelationen im Außenhandel (terms of trade) bei der Preisbereinigung führten zu dem Vorschlag, in Zukunft deutlicher als bisher zwischen einer Berechnung "zu konstanten Preisen" und einer "realen" Berechnung zu unterscheiden; durchführbar ist nur die erstere.

Wenn sich auch die Standpunkte der verschiedenen Teilnehmer in manchen Fragen genähert haben, so zeigte auch diese Sitzung wieder - wie die entsprechende Sitzung vor drei Jahren -, daß die Zeit für allgemeingültige Schlußfolgerungen und verbindliche Empfehlungen noch nicht gekommen ist. Es wurde daher vorgeschlagen, die Diskussionsunterlage nach Einarbeitung der in der Sitzung empfangenen Anregungen ggf. als wissenschaftliche Arbeit zu veröffentlichen.

sie aber nicht als 2. "Standard-System" (neben dem Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC) zu betrachten.

(2) Spezielle Probleme des Standard-Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC

Unter diesem Punkt der Tagesordnung wurden hauptsächlich Fragen erörtert, die im Standard-System der OEEC anders als im UN-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und - soweit es sich um Transaktionen mit dem Ausland handelt - anders als im "Balance of Payment Manual" des Internationalen Währungsfonds geregelt sind. Ferner ging es um Fragen, die im Sommer 1955 in Genf bei einer Tagung einer Arbeitsgruppe der Europäischen Statistiker-Konferenz und um Probleme, die im Schriftwechsel zwischen dem Generalsekretariat der OEEC und den Statistischen Ämtern der Mitgliedsländer aufgekommen sind.

Während der Sitzung wurde von verschiedenen Ländern der Wunsch geäußert, in absehbarer Zeit auch andere als die vorgeschlagenen Probleme auf internationaler Ebene zu diskutieren. Diese Wünsche bezogen sich zum Teil auf eine Präzisierung, Klärung oder Änderung der Empfehlungen des Standard-Systems der OEEC und zum Teil auf einen Ausbau des Standard-Systems, das bisher hauptsächlich den Einkommenskreislauf wiedergibt, in Richtung auf eine vollständigere Darstellung der Güterströme im volkswirtschaftlichen Kreislauf (Input/Output-Studien) und auf eine eingehendere Darstellung der Finanzierungsvorgänge. Die Länder wurden um Mitteilung gebeten, welche Punkte des Standard-Systems in seiner bisherigen Form nach den vorliegenden Erfahrungen verbesserungsbedürftig sind. Zum weiteren Ausbau des Standard-Systems wurde u.a. auf die Arbeiten der o.a. Arbeitsgruppe der Europäischen Statistiker-Konferenz verwiesen. Ferner wurde die Bildung einer kleinen Arbeitsgruppe der an diesem Problemkreis besonders interessierten Länder in Aussicht genommen, die sich zu gegebener Zeit mit der Darstellung der Finanzierungsvorgänge beschäftigen soll.

Das Generalsekretariat der OEEC hatte die zu erörternden Fragen mit Vorschlägen für neue Empfehlungen in einer längeren Ausarbeitung zusammengefaßt. Es handelt sich vor allem um folgende Probleme:

1. Inländer und Inlands-Konzept (national-domestic concept) im Hinblick auf diplomatische und sonstige offizielle Vertretungen fremder Länder, auf amtliche internationale Organisationen, auf ausländische Streitkräfte, auf zwischenstaatliche Unternehmen und Agenturen ausländischer Unternehmen
2. Klärung des Begriffs "Marktpreise" (Behandlung von Rabatten, Zugaben, Verkäufen auf Ratenzahlungen)
3. Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verpflichtungen beim Außenhandel, bei direkten Steuern und bei Dividenden
4. Behandlung der Zinsen auf Staatsschulden und auf Konsumkredite der privaten Haushalte und damit zugleich der Frage der Abgrenzung des Begriffs "Volkseinkommen" bzw. "Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen"
5. Abgrenzung zwischen Verbrauch und Investitionen der Unternehmen einerseits und privatem Verbrauch andererseits (Kostenverbrauch, Verbuchung von Kraftwagen, die teils geschäftlich, teils privat benutzt werden, usw.)
6. Abgrenzung zwischen privatem Verbrauch und Staatsverbrauch (Naturalübertragungen vom Staat an private Haushalte, Kostenbeteiligung der privaten Haushalte an Staatsausgaben usw.)
7. Behandlung der Gebühren der Unternehmen und der privaten Haushalte (Gebühren: Preise oder Steuern, direkte oder indirekte Steuern?)
8. Behandlung der Transaktionen für Verteidigungszwecke (Off Shore-Käufe, Ausgaben für Infra-Struktur, Besatzungskosten, Wohnungen für verheiratete Mitglieder der Streitkräfte)

9. Behandlung des beweglichen Sachvermögens des Staates (Staatsverbrauch oder Investitionen)
10. Behandlung von staatlichen und privaten Pensionen (Pensionszahlungen - unterstellte Pensionsrückstellungen, unzureichende Behandlung der privaten Pensionen)
11. Unentgeltliche Übertragungen zwischen der eigenen Volkswirtschaft und dem Ausland (laufende Übertragungen - Kapitalübertragungen)
12. Nachweisung der Bewegungen von Währungsgold (Währungsgold: Zahlungsmittel oder Ware, Probleme der goldproduzierenden Länder, Währungsgold im Privat- und Zentralbankbesitz)
13. Einige Gedanken zum Faktor-Einkommenskonzept
14. Einige weitere Fragen von geringer Bedeutung

Für einen Teil der Fragen konnte eine Klärung erreicht werden, so daß neue Empfehlungen ausgearbeitet werden können. Das gilt insbesondere für die Punkte 3 (teilweise), 5, 6, 8 (teilweise), 9 und 10 (teilweise). In anderen Fällen war das noch nicht möglich, weil die angeschnittenen Fragen an Grundprobleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen rühren, in denen sich die Anschauungen der Länder in den letzten Jahren gewandelt haben, ohne daß schon neue Lösungen erreicht sind. Das trifft insbesondere für die Bedeutung und die Abgrenzung der Begriffe "Faktorkosten" und "Faktoreinkommen" und für die Unterscheidung zwischen "Laufender Rechnung" und "Kapitalrechnung" zu und wirkt sich dementsprechend z.B. auf die Empfehlungen zu den Punkten 4, 7, 11 und 13 aus. Da für diese Punkte keine eindeutig besseren neuen Empfehlungen gegeben werden konnten, wurden die betreffenden Fragen offen gelassen und das Standard-System der OEEC in diesen Punkten nicht oder höchstens geringfügig geändert. Auch bei den anderen Punkten wurde eine weitere Durcharbeitung für notwendig gehalten, so z.B. bei den Punkten 1 (u.a. Berücksichtigung der zivilen Ein-

richtungen ausländischer Streitkräfte), 2 (Berücksichtigung der Skonti, Zusammenhang mit der Behandlung der Zinsmarge bei Banken, Zusammenhang mit der Frage der Preisbereinigung) und 12 (nochmalige Diskussion in Anwesenheit der Vertreter der goldproduzierenden Länder). Bei den letztgenannten Fragen waren einige Fälle, die in der Praxis aufgetreten waren, in den bisherigen Überlegungen und Empfehlungen noch nicht genügend berücksichtigt worden.

Da das Statistische Bundesamt kurz vor dem Abschluß der Revision der Sozialproduktsberechnung und der Arbeiten zur Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen steht, war die Diskussion für die deutschen Vertreter von besonderem Nutzen. Sie diente vor allem der Kontrolle der eigenen Regelungen und Beschlüsse. Die Diskussion zeigte, daß in fast allen Fällen die Überlegungen, die vom Statistischen Bundesamt angestellt und zum Teil inzwischen auch veröffentlicht worden sind, sich auf der gleichen Linie wie die der anderen Länder bewegen. Zum Teil haben sie auch ihren Niederschlag in den neuen Empfehlungen der OEEC gefunden.

c) Europäische Produktivitätsstatistik

Das von der Europäischen Produktivitätszentrale herausgegebene Produktivitätshandbuch ist zum Teil erschienen. Es enthält im ersten Band, der den Begriffen gewidmet ist, auch einen Beitrag von Dr. Fürst über die Rolle der amtlichen Statistik auf dem Gebiet der Produktivitätsmessung. Das Amt hat sich in verschiedenen Diskussionen stets um den Nachweis bemüht, daß die Fragen der Messung der Produktivität größerer volkswirtschaftlicher Bereiche oder der gesamten Volkswirtschaft ein Nebenergebnis der Sozialproduktsberechnungen sind und daß es darum zweckmäßig wäre, wenn sich die Produktivitätszentrale nicht auch noch mit Vorschlägen in dieser Richtung befassen würde. Diese allgemeinen Produktivitätsberechnungen sollten getrennt gesehen werden von den Produktivitätsvergleichen einzelner Betriebe, bei denen es darauf

ankommt, Produktivitätsunterschiede bei gleichartigem Produktionsprogramm herauszufinden und damit Anregungen zu geben, die auf Betriebsebene ausgeführt werden können. In Übereinstimmung mit dem RKW wurde dabei stets der Standpunkt vertreten, daß nur der erste Fragenkomplex in Deutschland als eine Aufgabe der amtlichen Statistik angesehen wird, daß aber Betriebsvergleiche von den Betrieben selbst organisiert und finanziert werden sollen, auch wenn im Ausland vielfach solche Betriebsvergleiche in Verbindung mit dem amtlichen statistischen Material von den Statistischen Ämtern durchgeführt werden.

d) Tagungen anderer statistischer Arbeitsgruppen der OEEC

Das Amt war ferner beteiligt an einem Überblick über die von den Mitgliedsländern geführten Ein- und Auswanderungsstatistiken, wobei ihre Brauchbarkeit zur Beobachtung der internationalen Wanderungen überprüft wurde. - Ferner wurde im Zusammenhang mit der Lösung langfristiger Bevölkerungsprobleme der Mitgliedsländer ein Bericht über die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 1971 begutachtet. - Auch auf dem Gebiet der Fremdenverkehrsstatistik hat sich eine Expertengruppe der OEEC betätigt, wobei an einer OEEC-Veröffentlichung "Tourism in Europe" Kritik geübt wurde. - Ferner arbeitete auf dem Gebiet der Stahlstatistik eine Sachverständigengruppe der OEEC unter Beteiligung des Amtes. Es wurde besonderer Wert darauf gelegt, die OEEC-Fragebogen über die Stahlstatistik mit denen der ECE in Genf und denen der Montan-Union abzustimmen, um Doppelarbeiten zu vermeiden.

4. Beteiligung an den statistischen Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)

a) Überblick

Ein Überblick über die von der Hohen Behörde durchgeführten statistischen Arbeiten und über das Arbeitsprogramm für das Jahr 1955 wurde auf den Konferenzen der Leiter der Statistischen Ämter in Luxemburg im März 1955 und Januar 1956 gege-

ben. Die Tagesordnung der letzten Konferenz im Januar 1956 ergibt einen guten Überblick über die Arbeiten der Berichtszeit:

- (1) Bericht über die Arbeiten der Abteilung Statistik seit der letzten Sitzung
 - a) Transportstatistik (Eisenbahnen, Binnen-Seeschifffahrt)
 - b) Reallohnvergleich
 - c) Haushaltsrechnungen
- (2) Besprechung der laufenden Arbeiten
 - a) Indices der industriellen Produktion
 - b) Konjunkturstatistik
 - c) Außenhandelsstatistik
 - d) Kohle- und Stahlpreise
 - e) Stahlbestände bei den Verbrauchern
- (3) Meinungsaustausch über neue Aufgaben
 - a) Energiebilanzen
 - b) Methoden des quantitativen Vergleichs der Sozialleistungen
 - c) Methoden des Arbeitskostenvergleichs
 - d) Unterschiede in der Produktivitätsmessung im Bergbau und in der Stahlindustrie sowie damit zusammenhängende Fragen
 - e) Vorbereitung eines "Methodischen Anhangs" zum Statistischen Bulletin

Nachdem die grundlegenden, für den Bericht der Gemeinschaft benötigten Statistiken über die Produktion, den Absatz, den Außenhandel und den Transport von Kohle und Stahl inzwischen im wesentlichen aufgebaut worden sind, hat man sich jetzt mit Nachdruck den Reallohnvergleichen und Wirtschaftsrechnungen und den sog. "allgemeinen" Statistiken zugewandt. Hierzu gehören Statistiken, die die Konjunkturbeobachtung im Rahmen der Gemeinschaft ermöglichen sollen (u.a. Produktionsindex für die Gemeinschaft), und die Arbeiten über die langfristige Entwicklung des Stahlverbrauchs und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Gemeinschaft.

Die Durchführung des Programms führte wie im Vorjahr wieder zu einer erheblichen Arbeitsbelastung des Statistischen Bundesamtes, die sich in zahlreichen Besprechungen über statistisch-methodische Probleme, in der Bereitstellung von statistischem Material in der gewünschten Form und in

einem beträchtlich vergrößerten Umfang der laufenden Zahlenlieferungen äußerte.

b) Langfristige Entwicklung des Stahlverbrauchs und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Gemeinschaft

Ausgangspunkt für die Behandlung dieses Problemkreises bildeten Berechnungen des Sekretariats über die langfristige Entwicklung des Stahlverbrauchs in Deutschland und USA. Gegen die dabei angewandten mathematisch-statistischen Methoden, die weitgehend den Versuch machten, aus einigen wenigen Reihen für die Vergangenheit die Zukunft zu extrapolieren, mußten schwerwiegende Bedenken geltend gemacht werden. Bei den wiederholten Änderungen des deutschen Wirtschaftsgebietes und den besonderen Verhältnissen zweier Weltkriege kann das letzte halbe Jahrhundert außerdem kaum als geeignete Ausgangsbasis für solche Überlegungen gewählt werden. Wir haben die Auffassung vertreten, daß man sich über den vermutlichen Stahlverbrauch erst klar werden kann, wenn man sich über Ausmaß und Art des Wachstums des gesamten Sozialprodukts geeinigt hat. In einem neu geschaffenen Ausschuß sollen die "Aussichten und Voraussetzungen für die allgemeine Entwicklung der Volkswirtschaft in den Ländern der Gemeinschaft" geprüft werden. Bisher wurde ein vorläufiger Rahmen für die Aufstellung von Vorausschätzungen bis 1965 vorgeschlagen, der - nach bestimmten Gliederungen - die Entwicklung des Sozialprodukts, der Bevölkerung, der erwerbsfähigen und erwerbstätigen Bevölkerung, der Arbeitszeit und der Produktivität umfaßt. Ziel dieser Arbeiten ist, eine Vorstellung über die künftigen Investitionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zu gewinnen (und damit auch Grundlagen für die Schätzung des Stahlverbrauchs).

c) Verkehrsstatistik

Die von der Montan-Union aufzubauende Verkehrsstatistik will möglichst alle Träger des Güterverkehrs umfassen und sich nicht nur auf die im Gebiet der Montan-Union erzeugten Güter beschränken, sondern auch die aus dritten Län-

dern eingeführten Güter einbeziehen (z.B. Kohle aus USA). Nachdem durch eine Reihe von Besprechungen ein Überblick über das verfügbare Material gewonnen wurde und die wichtigsten Fragen der Güter-Systematik und der Untergliederung der Ländergebiete nach Verkehrsbezirken geklärt worden sind, wird nunmehr das Tabellenprogramm für die Seeschiffahrts- und Binnenschiffahrtsstatistik vorbereitet. Die Eisenbahnstatistik ist bereits in Gang gesetzt worden; die Statistik des Straßengüterverkehrs soll erst in das Programm einbezogen werden, wenn das beabsichtigte gemeinsame Frachtpapier für den Transport von Eisen und Stahl im Lastkraftwagenverkehr eingeführt worden ist.

d) Reallohnvergleiche und Wirtschaftsrechnungen

Die im vorjährigen Bericht erwähnten Arbeiten zur Berechnung von Verbrauchergeldparitäten und zur Anwendung dieser Zahlen auf den internationalen Lohnvergleich sind im Rahmen der Hohen Behörde zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Hohe Behörde hat eine diesbezügliche Veröffentlichung "Statistische Informationen", 2.Jg. Nr.5, Luxemburg August/September 1955, herausgegeben. Inzwischen wurden die ebenfalls im Vorjahrsbericht bereits erwähnten Wirtschaftsrechnungserhebungen in Angriff genommen. Die Vorbereitungen hierzu sind soweit gediehen, daß nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen im Ausschuß "Methoden des Reallohnvergleichs" der Hohen Behörde die Erhebung wie folgt geplant ist:

Im gesamten Gebiet der Montan-Union sollen 2 000 Haushaltungen von Arbeitnehmern im Steinkohlenbergbau, im Eisenerzbergbau und in der Eisenschaffenden Industrie erfaßt werden. Davon entfallen auf die Bundesrepublik 440 Haushaltungen. Die begrenzte Zahl von Erhebungsfällen bringt es mit sich, daß auf eine Erfassung aller Haushaltstypen und aller Einkommensschichten der Arbeiter der drei Wirtschaftszweige verzichtet, der internationale Vergleich vielmehr anhand von ausgewählten Haushaltungen bestimmten Typs und bestimmter Einkommenshöhe vorgenommen werden muß.

Die Erhebungen sollen nach der Wirtschaftsbuchmethode durchgeführt werden und ein volles Wirtschaftsjahr umfassen. Die Aufbereitung der Unterlagen erfolgt im Statistischen Bundesamt und wird von der Hohen Behörde finanziert.

e) Durchführung einer Lohnstrukturerhebung durch die Hohe Behörde

Die Hohe Behörde beabsichtigt die Durchführung einer Lohnstrukturerhebung, wie sie im Bundesgebiet im November 1951 für die gewerbliche Wirtschaft und im Jahre 1953 für die Land- und Forstwirtschaft durchgeführt wurde. Die vorbereitenden Beratungen hierüber haben in den zuständigen Ausschüssen der Hohen Behörde, in denen neben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der zuständigen Bundesministerien auch das Statistische Bundesamt vertreten ist, begonnen. Die Erhebung ist für Ende 1956 geplant.

5. Beteiligung an den Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt

Das einheitliche Güterverzeichnis, die Bildung von Verkehrsgebieten für die Verkehrsstatistik, ferner die Methoden der Binnenschiffahrtsstatistik, die Darstellung des Güterverkehrs auf dem Rhein nach Herkunfts- und Bestimmungsländern, die wirtschaftliche Bedeutung der gesamten Rheinschiffahrt und andere statistische Fragen im Zusammenhang mit dem Jahresbericht behandelte die Arbeitsgruppe "Statistik" bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt auf einer Tagung in Straßburg im Mai 1955, bei der auch das Statistische Bundesamt vertreten war. Das von der Rheinschiffahrtskommission verwendete Güterverzeichnis wurde zwecks Angleichung an das internationale Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (SITC) von einer Sachverständigengruppe, in der neben den Rheinuferstaaten die Sekretariate der

Rheinschiffahrtskommission, der Wirtschaftskommission für Europa und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vertreten waren, im November 1955 nochmals einer Revision unterzogen.

Eine abschließende Besprechung über das Güterverzeichnis ist für Ende März 1956 vorgesehen. Sie soll im Hause des Statistischen Bundesamtes stattfinden.

6. Beteiligung an den Arbeiten des Statistischen Amtes der UN und der Sonderorganisationen der UN

Die Bundesrepublik Deutschland ist nunmehr in allen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Mitglied geworden. Das Statistische Bundesamt nahm dies zum Anlaß, um in der Veröffentlichungsreihe "Allgemeine Statistik des Auslandes" einen Überblick über die allgemeinen Aufgaben, den Aufbau und die statistische Tätigkeit der für die Entwicklung der internationalen Statistik maßgeblichen Weltorganisationen zu geben. Die Veröffentlichung gibt zugleich Aufschluß über die Bedeutung dieser Organisationen für die Entwicklung der Statistik und läßt auch die vielfältigen Beziehungen erkennen, in die das für die amtliche Statistik verantwortliche Statistische Bundesamt verflochten ist.

Über die regelmäßigen Zahlenlieferungen des Statistischen Bundesamtes an diese Weltorganisationen und den sich daraus ergebenden Schriftwechsel wurde bereits im vorigen Jahr berichtet. Nachstehend seien nur einige methodische Probleme erwähnt, die im vergangenen Jahr eine Rolle spielten.

a) Statistisches Amt der UN

Das Statistische Amt der UN sandte uns wieder eine Reihe von umfangreichen Dokumenten und Handbüchern mit der Bitte um Stellungnahme und Kritik. Sie bezogen sich im wesentlichen auf die Förderung von Untersuchungen der Lebenshaltung und der zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen bestehenden Beziehungen, ferner auf Probleme der Außenhandelsstatistik, der Investitionsstatistik, der Fremdenverkehrsstatistik, auf die Untersuchung der finanziellen Lage von wirtschaftli-

chen Unternehmen, auf die Abgrenzung der Zollgebiete und schließlich auch auf das vorgeschlagene Programm zur statistischen Erfassung des Groß- und Einzelhandels.

b) Internationale Arbeitsorganisation

Die Wirtschaftsrechnungen, Untersuchungen der Löhne und anderer Bestandteile der Arbeitskosten im Zusammenhang mit dem Problem des Reallohnvergleichs sowie besonders der Ausbau der Internationalen Berufssystematik standen im Mittelpunkt der statistischen Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes. Das Statistische Bundesamt war auf der diesjährigen Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker, auf der diese Probleme diskutiert worden waren, vertreten und hat im Laufe des Jahres teilweise viel Zeit auf diese Fragen und die dazugehörenden schriftlichen Beiträge verwendet.

Inzwischen ist das Internationale Arbeitsamt an eine Reihe europäischer Länder, darunter auch an die Bundesrepublik, mit dem Ersuchen herangetreten, in 7 Wirtschaftszweigen eine international einheitliche Erhebung über die Arbeitskosten durchzuführen. Das Bundesministerium für Arbeit hat deutsche Beteiligung zugesagt. Die Vorbereitung für die Erhebung, die sich auf Daten für das Jahr 1955 beziehen soll, ist bereits im Gange. Erhebung und Aufbereitung werden vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

c) Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN

Auf die Zusammenarbeit mit der FAO wurde bereits bei der Erwähnung der Arbeiten der gemeinsamen FAO/ECE-Sachverständigengruppe unter IV, 2, g, (ii) hingewiesen.

d) Welt-Gesundheitsorganisation

Die alle 10 Jahre fällige Revision des internationalen Verzeichnisses der Krankheiten und Todesursachen ist auf der diesjährigen 7. Internationalen Revisionskonferenz erfolgt. Das Verzeichnis wurde ergänzt und berichtigt; grundsätzliche Änderungen der Systematik sind erst bei der nächsten Revision vorgesehen. Das Statistische Bundesamt ist in diese Arbeiten eingeschaltet; ein Vertreter

nahm an der erwähnten Konferenz sowie auch an Arbeitstagungen über Krebsregistrierung in Kopenhagen und der Tbc-Kontrolle in Luxemburg teil.

7. Teilnahme an der 29. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts im Juni 1955 in Brasilien

a) Teilnehmer

An der Tagung haben 242 Institutsmitglieder, offizielle Delegierte und Gäste teilgenommen, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Nationen verteilten:

	82	Brasilien
	38	USA
	19	Frankreich
	11	Großbritannien
	9	Internationale Organisationen
je	6	Argentinien, Niederlande, Italien
	5	Bundesrepublik Deutschland
je	4	Bolivien, Canada, Indien, Japan
je	3	Belgien, Columbien, Spanien, Schweden
je	2	Chile, Dänemark, Haiti, Jugoslawien, Libanon, Mexiko, Puerto Rico, Dominikanische Republik, Schweiz
je	1	Ägypten, Costa Rica, Ekuador, Finnland, Griechenland, Irak, Irland, Israel, Norwegen, Österreich, Panama, Peru, El Salvador, Türkei.

Es zeigt sich, daß Deutschland besonders im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien nur durch verhältnismäßig wenige Teilnehmer vertreten war.

b) Wissenschaftliches Programm

Die Verschiebung des Gewichtes der internationalen statistischen Arbeit zu den internationalen Regierungs-Organisationen hat dazu geführt, daß die Probleme der amtlichen Statistik, die früher in ganz erheblichem Maße die Tagesordnung des Instituts bestimmten, nicht mehr so beherrschend wie früher im Vordergrund stehen. Immerhin bleibt das Institut die einzige internationale Organisation, die nicht nur Regierungsstatistiker umfaßt (wie die Tagungen der internationalen Organisationen), sondern bei der die Möglichkeit gegeben ist, daß sich die von den Universitätsprofessoren oder den wissenschaftlichen Instituten vertretene statistische Wissenschaft mit der amtlichen

Statistik aussprechen kann. Im gesamten Tagungsprogramm hat die Anwendung der Mathematik in der Statistik für unsere deutschen Verhältnisse ein erstaunliches Ausmaß angenommen. Für die Erfassung von Tatbeständen der verschiedensten Art in den unterentwickelten Ländern spielt das Repräsentativverfahren und die Kontrolle seiner Genauigkeit aus Organisations- und Kostengründen noch eine erheblich größere Rolle als in den sog. höher entwickelten Ländern. Der Gesamteindruck ist, daß andere statistische Ämter bei weitem nicht in gleichem Maße wie wir durch bis in's Einzelne gehende Rechtsvorschriften, föderative und regionale Wünsche und ein oft recht zähes Hängen am Althergebrachten daran gehindert sind, die statistischen Methoden neuen, kostensparenden Erkenntnissen anzupassen und mit den Erfordernissen des Augenblicks in Einklang zu bringen.

Die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden auf andere Lebensgebiete z.B. im Rahmen biometrischer Untersuchungen und im Rahmen der statistischen Durchforschung innerbetrieblicher Arbeits- und Produktionsvorgänge nimmt ebenfalls einen ständig wachsenden Raum in der internationalen Diskussion ein. Stichproben zur Qualitätskontrolle der Werkstücke oder zur Kontrolle des Arbeitsablaufs sind ein wichtiges Mittel, um mit Hilfe der Statistik zu Rationalisierungserfolgen zu gelangen.

Aus den wirtschaftsstatistischen Diskussionen ergibt sich der allgemeine Eindruck, daß man sich weitgehend bemüht, im Interesse einer für die Wirtschaftspolitik schnell zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdiagnose die Statistik der Unternehmerabsichten oder bereits getroffener Unternehmerentscheidungen zu entwickeln. Die Erkenntnis, daß es die vornehmste Aufgabe der Wirtschaftsstatistik ist, dem Wirtschaftspolitiker und den an den wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligten Organisationen und Unternehmungen im Rahmen eines statistischen Gesamtbildes der wirtschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge ein Instrumentarium zu liefern, das alle Spannungen möglichst frühzeitig erkennen

läßt, hat sich offenbar in den fortschrittlichen Ländern schon erheblich weiter durchgesetzt als dies bei uns der Fall ist.

Für die Tagung des Instituts waren für einige Problemkreise durch jeweils ein Mitglied des Instituts Beiträge organisiert worden, die das gleiche Problem von verschiedenen Standpunkten aus beleuchten sollten. Hierzu gehören folgende Themenkreise:

- (a) Statistische Ausbildung an den Universitäten und in Ausbildungszentren für Statistiker (wie sie in einigen Gegenden der Welt mit Unterstützung des ISI und der UNO geschaffen worden sind)
- (b) Die Anwendung statistischer Methoden bei der Untersuchung von Arbeits- und Produktionsvorgängen im Betrieb
- (c) Statistische Grundlagen für die Vorausschau der wirtschaftlichen Entwicklung
- (d) Die Anwendung statistischer Methoden in der Physik, insbesondere in der Atomphysik
- (e) Regionalstatistik

Die Behandlung der regional-statistischen Fragen war von Herrn Dr. Wagner organisiert worden. Bei einer ersten Sitzung (Vorsitz Dr. Burgdörfer) wurden einige grundsätzliche methodische Fragen behandelt. Bei einer zweiten Sitzung (Vorsitz Dr. Fürst) wurden durch Vorträge der Leiter der Nationalen Statistischen Ämter der Stand und die Probleme der Regionalstatistik in den einzelnen Ländern dargelegt und diskutiert.

Die sonstigen von den Mitgliedern auf eigene Initiative vorgelegten wissenschaftlichen Beiträge betrafen in größerer Zahl Probleme des Volkseinkommens und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Bevölkerungsstatistik (vor allem in den lateinamerikanischen Ländern) und die Methoden des Stichprobenverfahrens, das besonders da, wo der Statistiker die Stichprobe nach der von ihm gewünschten Auswahl und Verteilung wirklich treffen kann (z.B. bei biologischen Untersuchungen, bei der Qualitätskontrolle usw.), zu einer beachtlichen Leistung gekommen ist. Über alle Beiträge liegen gedruckte Berichte vor.

c) Programm der nächsten Tagung

Auf der Mitgliederversammlung wurde wieder eine Reihe von Themen festgelegt, für die zusammenhängende Beiträge organisiert werden sollen. Das Büro wird prüfen, ob es möglich ist, für alle Themen eine entsprechende Vorsorge zu treffen. Genannt wurden folgende Themenkreise:

Methoden der statistischen Überprüfung von Voraus-
schätzungen der volkswirtschaftlichen Entwicklung

"Linear Programming"

Es handelt sich hier um neue, sehr komplizierte mathematische Methoden zur Extrapolation von Kurven, deren Zusammenhänge für die Vergangenheit statistisch belegt sind und deren lineare Entwicklung vorausgeschätzt wird

Die Technik statistischer Erhebungen, insbesondere Fehler, die nicht aus der Wahl der Stichproben herrühren

Die Anwendungen elektronisch gesteuerter Maschinen bei der Volkszählung

Die Anwendung statistischer Methoden innerhalb kleinerer Betriebe

Statistik der innerbetrieblichen Organisation, des Arbeitsverfahrens und des Produktionsablaufs in industriellen Betrieben

Methodische Probleme der Regionalstatistik

Wünsche zum Programm des landwirtschaftlichen Weltzensus

Probleme der Transportstatistik unter Einschluß der Statistik der Verkehrsunfälle und der Statistik der Verstopfung der Straßen

Statistik des Schulwesens, Ausbildungswesens und Erziehungswesens

8. Beteiligung an den Arbeiten sonstiger internationaler Organisationen

a) Organisation für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

Zu den Besprechungen, die im Januar 1955 in Genf im Zusammenhang mit der Revision des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens stattfanden, wurde von der deutschen Delegation ein Vertreter des Amtes als Experte für statistische Fragen hinzugezogen. Es wurde ein deutscher Vorschlag über eine allgemeine Verpflichtung der Vertragspartner zur Veröffentlichung von Statistiken über den Warenaußenhandel und über die Einnahmen aus Ein- und Ausfuhrzöllen behandelt, der jedoch vorläufig zurückgestellt werden mußte.

b) International Association for Research in Income and Wealth
Auf einer Tagung dieser Organisation in Hindsøavl (Dänemark) im September 1955, an der ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilnahm, standen Probleme der langfristigen Entwicklung des Sozialprodukts, Modellrechnungen und ihre statistischen Grundlagen, die Einkommensverteilung und Untersuchungen über Verbrauch und Sparen in Haushalten zur Diskussion. Es handelt sich hierbei um Fragen von hohem, aktuellem Interesse, die die Weiterentwicklung der deutschen Statistik beeinflussen können.

c) Internationale Handelskammer

Auf der Tagung der Kommission für Absatzstatistiken und des Ausschusses für Absatzfragen bei der IHK in Paris, an der ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilnahm, standen im November 1955 zur Diskussion: Ausarbeitung von Empfehlungen für mittlere und kleinere Betriebe des Einzelhandels und des Großhandels über die bei der Beobachtung der Betriebe anzuwendenden Produktivitätsmerkmale; Förderung der Betriebsstatistik in Klein- und Mittelbetrieben; internationaler Erfahrungsaustausch über Gewährung von Verbraucherkrediten sowie Fortsetzung der Untersuchungen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Produktivität des Handels.

d) Internationale Union der Familienorganisationen

Ein Ausschuß über Fragen der Lebenshaltung der Familien befaßte sich auf einer jährlichen Tagung mit der Diskussion der wissenschaftlichen Grundlagen zur Messung des Lebensstandards und zu seinem internationalen Vergleich unter dem speziellen Aspekt der Familienfragen. Bisher wurden statistische Unterlagen über den Zusammenhang zwischen Familieneinkommen und Familiengröße und über die Abstufung des Familieneinkommens je Kopf bei steigender Personenzahl der Familie gesammelt. An den Diskussionen hat auch ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilgenommen. Auch wurde statistisches Material für die Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt.

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres
Arbeitsgebietes
=====

Da die Organisation des Amtes bei den Beiratsteilnehmern als bekannt vorausgesetzt werden darf, wird bei den nachfolgenden ausgewählten Fragen darauf verzichtet, im einzelnen auf den Teil A zu verweisen. Alle im Teil A behandelten Aufgaben stellen selbstverständlich wichtige Probleme aus dem Arbeitsgebiet der jeweils zuständigen Fachabteilung dar.

I. Allgemeine Organisation der Statistik

1. Die Behandlung von Berlin (West) in der Bundesstatistik

Die Frage der Darstellung der statistischen Ergebnisse für Berlin (West) wird von den verschiedensten Stellen und in verschiedenen Zusammenhängen aufgeworfen. Da es zweifellos misslich ist, dass ein Teil der statistischen Ergebnisse nur für das Bundesgebiet ohne Berlin (West) gegeben wird, während andere Statistiken das gesamteährungsgebiet, also die Bundesrepublik zuzüglich Berlin (West) betreffen, muss eine einheitliche Lösung erstrebt werden.

Das Statistische Bundesamt ist der Auffassung, dass aus staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Gründen Zahlen für die Bundesrepublik ohne Berlin gebraucht werden, dass es aber andererseits wünschenswert, wenn nicht notwendig ist, auch Zahlen einschliesslich Berlin zu besitzen. Bei allen Statistiken, bei denen die regionalen Einzelergebnisse ohne weiteres addierbar sind, kann dieses Ziel erreicht werden, sobald die Statistiken für Berlin (West) genau nach den gleichen Methoden und zu den gleichen Lieferterminen bereitstehen wie die der übrigen Länder. An diesem Ziel wird seit geraumer Zeit gearbeitet und es kann damit gerechnet werden, dass in absehbarer Zeit Berlin das gesamte Programm erfüllen kann. Es wären dann nur technische Fragen zu lösen, die allerdings eine gewisse Bedeutung haben. Ein Nachweis aller Zahlen für die Bundesrepublik und für die Bundesrepublik zuzüglich Berlin (West) würde praktisch eine Verdoppelung des Bundesveröffentlichungsprogrammes bedeuten, die untragbar wäre. Es können ferner dabei Geheimhaltungsprobleme

aufzutauchen, da ja stets die Ergebnisse für Berlin durch Differenzbildung gefunden werden können.

Grössere Schwierigkeiten bestehen bei denjenigen Statistiken, bei denen die Trennung der auf Berlin zu beziehenden Angaben aus der Gesamtmasse der anfallenden Angaben nur unter grossen Schwierigkeiten und mit grossem Arbeitsaufwand möglich ist. Es gilt dies für die Aussenhandelsstatistik und zum mindesten für Teile der öffentlichen Finanzstatistik sowie für die Geld- und Kreditstatistiken.

Das Statistische Bundesamt hält es daher für zweckmässig, dass die für diese Statistiken zuständigen Fachausschüsse die Prüfung in Angriff nehmen, ob getrennte Nachweisungen erstellt werden können. Für diesen Zweck wird das Statistische Bundesamt zunächst einen Gesamtüberblick über den Stand der Möglichkeiten der getrennten Nachweisungen für Berlin vorlegen.

2. Aus dem Arbeitsbereich der Systematiken

a) Weiterentwicklung des systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten

Die für die Arbeitsstättenzählung 1950 ausgearbeitete Arbeitsstättensystematik hat in den letzten Jahren stets die Grundlage gebildet, wenn es galt, bei anderen Statistiken (z.B. Umsatzstatistiken, Steuerstatistiken) eine Gliederung nach Gewerbezweigen vorzunehmen. Es haben sich dabei gewisse Mängel der Systematik herausgestellt, von denen hier nur die sehr ungleiche Gliederungstiefe in den verarbeitenden Bereichen im Verhältnis zu der Gliederungstiefe im Gross- und Einzelhandel genannt seien.

Ein weiteres Problem ist dadurch aufgetaucht, dass diese Systematik nur angewandt werden kann, wenn man sich zu einer schwerpunktmässigen Zuteilung entschliesst. Je stärker bei den zu gliedernden Statistiken das Unternehmen die Erhebungs- und Darstellungseinheit bildet, desto wichtiger wird es, in der Systematik Vorsorge für einen Nachweis horizontaler und vertikaler Kombinationen zu treffen. Die tatsächlichen Kombinationsverhältnisse in den Unternehmen sind zweifellos ein wichtiger wirt-

schaftlicher Tatbestand, dessen Umfang und dessen Veränderungen im statistischen Bild sichtbar gemacht werden sollten.

Die Probleme der Betriebskombination wirken durch die häufigen Kombinationen zwischen verarbeitendem Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft, Einzelhandel, Gastwirtschaft auch auf die Abgrenzung der grossen Wirtschaftsbereiche zurück.

Auch im Hinblick auf die Zählungen des Jahres 1960 ist eine Weiterentwicklung der Arbeitsstättensystematik in den oben angedeuteten Richtungen notwendig. Dabei sollen aus Gründen der Vergleichbarkeit die Bausteine der Systematik des Jahres 1950 nach Möglichkeit erhalten werden.

Der technische Fortschritt, vor allem die Möglichkeit der teilweisen Verwendung einer Alphabet-Klassifikation anstelle der Dezimal-Klassifikation, wird es erlauben, die durch die Enge des Dezimalsystems nummerungstechnisch bedingten Mängel der Systematik von 1950 zu beseitigen.

b) Revision des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik

Da noch einige grundsätzliche Fragen nicht ausreichend geklärt werden konnten, ist darauf verzichtet worden, das Warenverzeichnis bereits zum 1. Januar 1956 neu herauszugeben.

Bei einer Neugliederung, die für 1957 vorliegen soll, wird vor allem die Abstimmung mit dem Warenverzeichnis für die Aussenhandelsstatistik und die Möglichkeit eines besseren Vergleichs zu den entsprechenden internationalen Systematiken geprüft werden. Weiterhin soll die zum Teil unterschiedliche Tiefengliederung des Warenverzeichnisses untersucht werden, um hierdurch einen homogenen Aufbau zu erreichen. Schliesslich bleibt zu prüfen, ob eine Kommentierung der einzelnen Warenpositionen - etwa in der Art des Zolltarifs - eingeführt werden soll.

c) Möglichkeiten einer Gruppierung von Waren nach ökonomischen Gesichtspunkten

Für wirtschafts- und handelspolitische Zwecke ist es

erforderlich geworden, die von der Statistik erfassten Waren auch unter bestimmten ökonomischen Gesichtspunkten zusammenzufassen. So ist es z.B. für die Beurteilung des Aussenhandels bedeutsam zu wissen, wie gross die Einfuhr oder Ausfuhr von „Rohstoffen“ oder von sog. „Fertigwaren“ ist. Man möchte ferner erfahren, ob vorwiegend „Investitionsgüter“ oder „Verbrauchsgüter“ produziert, ein- oder ausgeführt worden sind, und im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll nachgewiesen werden, wieviel Güter im Inland tatsächlich investiert oder verbraucht worden sind. Bei der Beobachtung der Preisentwicklung interessiert es u.a., wie sich die Preise der „Grundstoffe“ im Gegensatz von „Fertigwaren“ entwickelt haben.

Die bisherigen Überlegungen, die demnächst in einem Aufsatz in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht werden, waren darauf gerichtet, die hierfür erforderlichen Begriffe klarer zu definieren und dabei zu prüfen, ob und wieweit die von ökonomischen Gesichtspunkten hergeleiteten Begriffe in der statistischen Praxis verwendet werden können oder welche Vergrößerungen ggf. in Kauf genommen werden müssen. Zunächst erscheint eine Gliederung nach

der Verbrauchs- bzw. Investitionsreife,
der Dauerhaftigkeit,
dem Verarbeitungsgrad und
dem Ursprung

der Waren als wertvoll. Die Untersuchungen über die Anwendbarkeit dieser Begriffe auf die Positionen der Warenverzeichnisse für die Industriestatistik und für die Aussenhandelsstatistik sind noch im Gang.

3. Mathematisch-statistische Methoden

Die Notwendigkeit zur weiteren Rationalisierung der statistischen Arbeiten fordert eine immer stärkere Einführung von Stichprobenverfahren, weshalb auch das Gebiet der mathematischen Methodik im letzten Jahr innerhalb des Statistischen Bundesamtes weiter ausgebaut worden ist. Als Beispiel der

laufenden Arbeit ist der Einbau repräsentativer Methoden in den Komplex der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken zu nennen, wobei bereits im Gesetz der turnusmässige Wechsel zwischen Total- und Repräsentativstatistiken vorgesehen ist. Diese Arbeit wird noch in die nächsten Jahre hineinreichen. Eine Spezialuntersuchung wurde über die bei der Benutzung der Namensanfänge zur Stichprobenauswahl auftretenden Probleme eingeleitet. Auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistik wurde das große Projekt der Umstellung der Bodenbenutzungserhebung auf repräsentative Basis in Angriff genommen sowie eine Reihe weiterer Fragen der anderen repräsentativen Landwirtschaftsstatistiken (Besondere Erntetermineitlung, Viehzählung, Arbeitskräftestatistik).

Die hieraus erwachsenden Aufgaben liegen mit dem Schwerpunkt der Vorbereitungsarbeiten im Statistischen Bundesamt, berühren aber auch in starkem Masse die Statistischen Landesämter, von denen die meisten - zum Teil bereits seit langer Zeit - über eigene Referenten für dieses Fachgebiet verfügen.

Um den Erfahrungsaustausch zu fördern, wurde ein besonderer Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik geschaffen, in dem die durch alle Fachgebiete hindurchgehenden methodischen Grundfragen des Stichprobenverfahrens und der sonstigen mathematischen Methodik beraten werden sollen. Diesem Arbeitskreis gehören nicht nur Mathematiker, sondern auch Fachstatistiker der verschiedenen Gebiete sowie Vertreter der Hochschulen und der Kommunalstatistik an.

Als eine seiner ersten Aufgaben hat dieser Arbeitskreis eine Veröffentlichung über den gegenwärtigen Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik in Angriff genommen, an der Angehörige des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter mitarbeiten. Darin sollen sowohl die Arbeitsverfahren beschrieben als auch allgemeine Richtlinien für die Bearbeitung künftiger Projekte aufgestellt werden.

4. Veröffentlichungsfragen

- a) Besondere Veröffentlichungsreihen für ausgewählte Sachgebiete

Schon seit dem Beginn der Nachkriegsveröffentlichungen

werden die endgültigen Ergebnisse der Industrie- und der Aussenhandelsstatistik in besonderen Reihen - ausserhalb der Sammelreihe „Statistische Berichte“ veröffentlicht. Im Laufe des Jahres 1955 wurden für einige weitere wichtige Sachgebiete neue Reihen eingerichtet, und zwar:

„Das Baugewerbe in der Bundesrepublik Deutschland“
(Zahlen für die Bauwirtschaft)

„Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen“
(13 Reihen mit verschiedener Erscheinungsfolge).

„Allgemeine Statistik des Auslandes“
(Internationale Monatszahlen, Länderberichte und Einzelveröffentlichungen).

b) Neugliederung des Veröffentlichungsverzeichnisses

Durch die Einrichtung dieser „Besonderen Reihen“ ist die Übersicht über die Veröffentlichungen auf bestimmten Sachgebieten erschwert, da die Ergebnisse in verschiedenen Sammelreihen (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Berichte, Besondere Reihen) erscheinen können. Aus diesem Grunde werden das Veröffentlichungsverzeichnis und alle sonstigen Ankündigungen über Neuerscheinungen weitgehend an den Quellennachweis des Statistischen Jahrbuchs angepaßt und eine Aufgliederung nach Sachgebieten statt nach Veröffentlichungsreihen vorgenommen.

Bei den Ankündigungen der Bände in der Reihe „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ ist dieser Plan inzwischen durchgeführt worden. Das ausführliche Veröffentlichungsverzeichnis wird erst nach Erscheinen der ersten Jahresbände bei den 1955 neu geschaffenen Reihen umgestellt werden.

c) Hinweis auf regional tiefer gegliederte Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter

Um Interessenten das Auffinden vergleichbarer Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter zu erleichtern, wird in Zukunft in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ein entsprechender Hinweis erfolgen. Zunächst wird es sich hier nur um Reihen für solche

Statistiken handeln, deren gleichmässige Veröffentlichung nach Vereinbarung eines Mindestprogramms für alle Landesämter obligatorisch ist. Für diese „Statistischen Berichte“ wurden von einem Arbeitskreis der Landesämter einheitliche Nummern und Titel festgelegt.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik

1. Revision der Sozialproduktsberechnung

Die Neuberechnung des Sozialprodukts für das Basisjahr 1950 ist - abgesehen von einer letzten Überprüfung - praktisch abgeschlossen. An der Fortschreibung bis 1955 wird z.Z. gearbeitet. Es ist damit zu rechnen, daß die gesamte Umstellung bis zum Frühsommer 1956 vollzogen ist.

a) Entstehung des Sozialprodukts

Für die Neuberechnung der Entstehungsseite wurden vor allem die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistiken und sonstiger Umsatzstatistiken, der Arbeitsstättenzählung und der Kostenstrukturerhebung verwendet. Größere Probleme entstanden vor allem bei der Schätzung der „Schein-gewinne“ und bei der Bewertung der Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, ferner bei der Berechnung und Zuordnung der unterstellten Bankgebühren und der von den Unternehmen gezahlten Prämien für Schadensversicherungen.

Gegenüber der bisherigen Veröffentlichung sind nach der Neuberechnung die Wirtschaftsbereiche der Entstehung nach Az-Nummern genau abgegrenzt, während bei der früheren Berechnung diese Grenzen unscharf waren. Darüber hinaus ist die Entstehungsseite nunmehr erheblich tiefer gegliedert. Im allgemeinen wurde bei der Neuberechnung den Richtlinien des Standard-Systems der OEEC gefolgt. In vielen Fällen mußten jedoch Fragen, welche in dem System nicht ausreichend beantwortet werden, selbst entschieden werden. In einigen Punkten ergaben sich Abweichungen von den Empfehlungen der OEEC.

Bei der Berechnung für das Basisjahr 1950 hat sich gezeigt, daß im statistischen Material trotz der zahlreichen

Angaben, die für 1950 vorhanden sind, noch verschiedene Lücken bzw. nur mangelhafte Unterlagen vorhanden waren. Das gilt vor allem für die Bereiche Energiewirtschaft, Baugewerbe, Verkehr, Versicherungen und einen Teil der Dienstleistungsbereiche, insbesondere die Organisationen ohne Erwerbscharakter wie Kirchen, Gewerkschaften, Vereine usw. Darüber hinaus sind für die Fortschreibung in den folgenden Jahren auch die Unterlagen für weitere Bereiche, wie z.B. Handwerk, Grosshandel u.ä. noch dürftig.

Insgesamt betrachtet lässt sich jedoch wohl sagen, dass die Schätzungsfehler bei der Neuberechnung - insbesondere diejenigen für das Jahr 1950 - nicht größer sein dürften als in anderen Ländern, die diese Berechnungen bereits seit erheblich längerer Zeit durchführen.

b) Verteilung des Sozialprodukts

Die bisher veröffentlichten Angaben über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit konnten wegen neuerer Unterlagen noch etwas verbessert werden. Die Methode der Berechnung ist jedoch die gleiche geblieben. Erstmalig wurden auch die noch fehlenden Positionen der Verteilung ermittelt. Damit wird nach der Fertigstellung der Revision bzw. Neuberechnung die Sozialproduktsberechnung nach allen drei Methoden veröffentlicht werden können. Die Berechnungen bis 1955 werden ungefähr zur gleichen Zeit wie diejenigen für die Entstehung und Verwendung beendet sein. Es zeigt sich leider immer wieder, dass die heute vorhandenen Statistiken über Einkommen usw. nicht ausreichen, um wirklich exakte und sichere Ergebnisse für alle Jahre zu liefern.

c) Verwendung des Sozialprodukts

aa) Privater Verbrauch

Der private Verbrauch, der bisher nur behelfsmässig geschätzt werden konnte, wurde mit Hilfe der grossen Erhebungen des Jahres 1950 neu berechnet. Mit diesen Erhebungen lagen zum ersten Mal geeignete statistische Unterlagen für die Nachkriegszeit vor. Der private Verbrauch, d.h. die Käufe der privaten

Haushaltungen, wurde vorwiegend bei den unmittelbaren Lieferanten (Einzelhandel, Handwerk, Gaststätten usw.) nach den Umsatzangaben der Arbeitsstättenzählung und der Umsatzsteuerveranlagungsstatistik erfasst. Daneben wurden auch die Kostenstrukturerhebung, die Wohnungszählung und die Untermietenerhebung ausgewertet und eine Reihe einzelner Statistiken und sonstiger Unterlagen für einzelne Ausgabenarten verwendet. Der Verbrauch auf Geschäftskosten, der nicht zum privaten Verbrauch zählt, wurde - so gut das möglich war - ausgeschaltet.

Trotz Verbesserung und Vervollständigung der statistischen Unterlagen stösst die Berechnung des privaten Verbrauchs noch immer auf Schwierigkeiten, da die Angaben aus zahlreichen Unterlagen zusammengesetzt werden müssen und die Absatzstatistiken meist den Absatz an private Haushalte nicht gesondert ausweisen und durchweg institutionell, aber nicht nach Warengruppen, gegliedert sind.

Neben den privaten Haushalten mussten auch die Verbrauchsausgaben der „Organisationen ohne Erwerbscharakter“ geschätzt werden. Ausser einigen Angaben über Beschäftigte sind statistische Unterlagen hierfür bisher kaum vorhanden.

bb) Investitionen

Die Grundlage für die Berechnung der Anlageinvestitionen bilden weiterhin die industrielle Produktionsstatistik und die Baustatistik. Die Berechnung der Investitionen beim Investor, um die sich das Amt seit Jahren bemüht, konnte schätzungsweise für das Jahr 1950 durchgeführt werden, da für dieses Jahr neben der Bilanzstatistik einige, wenn auch unvollkommene Unterlagen aus der Kostenstrukturerhebung und aus sonstigen Statistiken vorlagen. Einzelne Bereiche, wie Landwirtschaft, Industrie und Wohnungsbau, können mit Hilfe verschiedener Statistiken fortgeschrieben werden. Ein fortlaufender, ausreichend vollständiger

Nachweis der Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbe-
reichen ist damit jedoch immer noch nicht erreicht.
Hierzu wären Erhebungen bei den Investoren notwendig.

Über die Vorratsbestände und ihre Veränderungen im
Jahre 1950 in allen Bereichen brachte vor allem die
Umsatzsteuerveranlagungsstatistik ausführliche Unter-
lagen. Für die Fortschreibung stehen zunächst die Er-
gebnisse der Bilanzstatistik und Untersuchungen von
Wirtschaftsinstituten zur Verfügung. Die Ergebnisse
der inzwischen angelaufenen Erhebungen im Rahmen der
Umsatzstatistik für Handel und Gaststätten werden künf-
tig zur Verbesserung der Fortschreibung der Lagervor-
räte beitragen.

cc) Staatsverbrauch und Aussenbeitrag

Die Berechnung des Staatsverbrauchs konnte durch neuere
Unterlagen etwas verbessert werden. Die Berechnung des
Aussenbeitrages ist unverändert geblieben.

2. Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Da zukünftig für die wichtigsten Grössen der Einkommensver-
teilung brauchbare Schätzungen vorhanden sein werden, ist
es möglich, bis Mitte 1956 auch ein geschlossenes System
Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen mit Daten ab 1950
aufzustellen. Als Grundlage dient das im Standard-System
der OEEC entwickelte Kontenschema, das aus folgenden Konten
besteht:

- (a) Sozialproduktkonto
- (b) Volkseinkommenskonto
- (c) Zusammengefasstes Einkommenskonto für den Staat
- (d) Zusammengefasstes Einkommenskonto für die priva-
ten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbs-
charakter
- (e) Zusammengefasstes Vermögensveränderungskonto
- (f) Zusammengefasstes Konto für das Ausland.

Über das OEEC-Schema hinaus werden Produktionskonten für
alle auf der Entstehungsseite der Sozialproduktberechnung
nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche gegeben. Die Standard-
Tabellen des OEEC-Systems können mit gewissen Einschränkun-
gen ausgefüllt werden. Die Einschränkungen gelten vor allem

für die Untergliederung des Gesamteinkommens der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, für die Gruppierung des Staatsverbrauchs nach Verwendungszwecken und für die Gliederung der Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen.

Bei der Neuberechnung des Sozialprodukts und der Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mussten zahlreiche Methodenfragen eingehend überlegt werden. Sie sind zum Teil in „Wirtschaft und Statistik“ dargelegt worden. Die von der Europäischen Statistiker-Konferenz in Genf und von der OEEC in Paris im vergangenen Jahr durchgeführten Tagungen haben sehr zur Klärung der Probleme beigetragen. Für die meisten strittigen Fragen wurde zwar noch kein Übereinkommen erreicht, der Gedankenaustausch zeigte aber die Richtung der Entwicklung in den übrigen Ländern. Die wichtigsten Probleme wurden im Januar 1956 in der 1. Tagung des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ eingehend diskutiert.

Es ist vorgesehen, die Methodik und Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Berechnungsprobleme und -grundlagen zugleich mit den Zahlen in einem besonderen Band zu veröffentlichen.

Aus der Durcharbeitung der methodischen Fragen und der Neuberechnung haben sich eine Reihe von Anregungen für die Verbesserung und Abstimmung der Fachstatistiken ergeben.

3. Kostenstrukturerhebung 1950

Die Kostenstrukturerhebung 1950 konnte nach Überwindung zahlreicher sachlicher, personeller und finanzieller Schwierigkeiten zu Ende geführt werden. Die Ergebnisse für die Bundesrepublik sind bereits intern für die Revision der Sozialproduktsberechnung und die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verwendet worden. Sie sind darüber hinaus ein wichtiges Hilfs- und Orientierungsmittel für die wirtschaftspolitische Arbeit der Behörden, der Kammern und der sonstigen Organisationen der Wirtschaft, für die steuerliche Praxis, für die Wirtschaftsprüfung und -beratung, für die Kreditwirtschaft usw. und schliesslich

für die Unternehmen selbst. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt in sieben einzeln lieferbaren Heften des Bandes 49 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Die Hefte 2 (Handwerk), 4 (Einzelhandel) und 6 (Verkehrsgewerbe) sind inzwischen erschienen. Die übrigen Hefte (7: Ärzte und Zahnärzte, 3: Grosshandel und Verlagsgewerbe, 5: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, 1: Industrie) folgen in Kürze in der erwähnten Reihenfolge. Ergebnisse für einzelne Wirtschaftszweige sind bereits früher als Statistische Berichte herausgegeben worden. Die Zahlen für Berlin (West) sind ebenfalls schon zum grössten Teil veröffentlicht (Statistische Berichte).

Die ausführlichen Ergebnisse vermitteln einen Eindruck von der ausserordentlichen Vielfältigkeit der betriebswirtschaftlichen Struktur (Struktur der Kosten, der Umsätze, des Personals, teilweise des betrieblichen Vermögens und der Schulden usw.) der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Sie zeigen, dass gerade auf diesem Gebiet Verallgemeinerungen und Vereinfachungen nicht angebracht sind. Obgleich die Ergebnisse aus den oben angedeuteten Gründen recht spät erscheinen, besteht - nach der Zahl der verkauften und bestellten Exemplare zu urteilen - ein reges Interesse an diesen Veröffentlichungen.

4. Untersuchungen der deutschen Wirtschaftsstruktur

Nach langen Vorarbeiten konnte im Herbst 1955 die „Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland“ als Gemeinschaftsarbeit des Statistischen Bundesamtes herausgegeben werden. Das Amt hat sich bemüht, in diesem Buch in knapper, übersichtlicher und allgemeinverständlicher Form ein Bild der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, so wie es sich in den Ergebnissen der amtlichen Statistik widerspiegelt, zu geben. Die Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit wird durch Vergleiche mit der Vorkriegszeit ergänzt. Das Buch wendet sich - ebenso wie die frühere „Deutsche Wirtschaftskunde“ des Statistischen Reichsamts - im Inhalt und in der Darstellung nicht nur an den Fachmann, sondern

an weite Kreise der an statistischen Fragen interessierten Öffentlichkeit. Es ist versucht worden, den umfangreichen Stoff dem Leser möglichst anschaulich durch Text, Zahlen und Schaubilder nahezubringen. Die bisherigen Äusserungen von Benutzern zeigen, dass das Buch offensichtlich die Orientierung über die Ergebnisse der Statistik erleichtert.

Zur gleichen Zeit erschien auch eine Neuauflage des Berichts „Statistische Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer“, an dem vor allem das Bundesfinanzministerium interessiert ist. Der neue Bericht ist gegenüber seinen Vorgängern inhaltlich stark erweitert und bringt erstmalig auch Angaben über die zeitliche Entwicklung.

Einen immer grösseren Teil der Arbeitszeit nimmt neben dem Auskunftsdienst die Zusammenstellung von statistischen Daten über die Bundesrepublik für bekannte ausländische Hand- und Jahrbücher in Anspruch.

5. Allgemeine Auslandsstatistik

Das Aufgabengebiet wurde im Laufe des letzten Jahres erheblich erweitert. Neben den „Internationalen Monatszahlen“ und dem internationalen Teil im Statistischen Jahrbuch erscheinen jetzt in regelmäßiger Folge (meist vierteljährlich) Länderberichte. Diese Länderberichte enthalten eine Zusammenstellung des jeweils neuesten Zahlenmaterials über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatbestände und Vorgänge in einem bestimmten Land. In erster Linie werden diejenigen Daten berücksichtigt, die für die aussenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik von Bedeutung sind oder die wesentliche Anhaltspunkte für einen Vergleich der deutschen Wirtschaft mit der des Auslandes bieten. Um diesen Vergleich zu erleichtern, werden in einer besonderen Tabelle Angaben über das Berichtsland und die Bundesrepublik Deutschland einander gegenüber gestellt. Eine textliche Übersicht über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur des Berichtslandes gibt zusätzliche Hinweise auf wichtige Tatsachen und Ereignisse. Bisher sind Länderberichte über Kanada, Frankreich, die Niederlande und die Türkei herausgegeben

worden. Berichte über die Südafrikanische Union, Japan und Italien sind in Vorbereitung.

Die zunehmende Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes an den statistischen Arbeiten der internationalen Organisationen war der Anlass für eine Veröffentlichung über „Die Statistik in den internationalen Organisationen“. Das bisher vorliegende Heft 1 befasst sich mit den weltweiten Organisationen. Die statistische Tätigkeit der auf einem engeren regionalen Bereich beschränkten internationalen Organisationen wird in einem weiteren Heft behandelt werden.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Auch im Jahre 1955 wurde das Erhebungsprogramm der Landwirtschaftsstatistik nicht erweitert, erst Mitte 1956 soll die Statistik der Landarbeitskräfte in neuer Gestalt und mit einer gewissen Erweiterung anlaufen. Dies ist bisher die einzige Erweiterung, die mit dem Landwirtschaftsgesetz in Zusammenhang steht. Bisher trägt die Hauptlast der statistischen Auswirkungen dieses Gesetzes das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das die dort geführte Buchführungsstatistik auf 6 000 bis 8 000 Betriebe erweitert. Ausserdem sind Forschungsinstitute mit statistischen Ermittlungen beauftragt worden.

Das Schwergewicht unserer Arbeit lag bei der Rationalisierung und Verbesserung der Methoden. Dabei standen die Vorarbeiten für Umstellung auf repräsentatives Verfahren an erster Stelle (Bodenbenutzungserhebung, Juni-Viehzählung, Obsternte). Ferner wurden die Nachkontrollen fortgesetzt; sie ergaben wiederum die Basis für Berichtigungen der Ergebnisse und verbesserten unsere Kenntnis über die Grösse der Zählfehler. Eine bedeutende Verbesserung der Ernteschätzungen ist als Ergebnis der in den letzten Jahren intensivierten Unterweisung der Berichtserstatter (Schulung, Merkbücher, Proberodungen) zu verzeichnen.

Von den Arbeiten sind im einzelnen folgende hervorzuheben:

1. Bodenbenutzungserhebung

Der Fragenkatalog der Erhebung war unverändert, im Jahre

1956 wird eine bessere Erfassung der Obstanlagen für den Erwerbsanbau angestrebt, die für eine geplante Förderung des Obstbaues notwendig ist.

Die vorjährige Nachkontrolle der Bodenbenutzungserhebung ermittelte die Zählfehler mit ausreichender Zuverlässigkeit, um wiederum die Ergebnisse auf Landesebene berichtigen zu können. Ihre immer noch beachtliche Höhe (Brotgetreide 6,7 vH, Futter 4,6 vH, Kartoffeln 3,2 vH jeweils zu wenig) zeigt, dass Nachkontrollen weiterhin als notwendig angesehen werden. Sie sind vor allem in den nächsten beiden Jahren erforderlich, um bei dem bevorstehenden Übergang vom totalen zum repräsentativen Zählverfahren die Vergleichsbasis sicherzustellen. Das Bundesernährungsministerium bereitet eine entsprechende Verordnung vor.

Die Arbeiten für die Einführung der repräsentativen Bodenbenutzungserhebung wurden fortgesetzt. In Baden-Württemberg wird diese Methode bereits im Jahre 1956 angewandt werden. Mit der Einführung des repräsentativen Verfahrens ist zwangsläufig eine Einschränkung der regionalen Ergebnisse verbunden. Jedenfalls wird zunächst alle zwei oder drei Jahre eine Totalerhebung notwendig sein.

2. Erntestatistik

Die Ergebnisse der Vorschätzungen 1955 gaben Anlass zu Diskussionen in der Öffentlichkeit. In einem Gespräch mit dem Bundesminister Dr. Lübke wurde klargestellt, dass die Vorschätzungen, die seit mehr als 80 Jahren bestehen, auch weiterhin durchgeführt werden müssen. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse soll der vorläufige Charakter genügend deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Eine Vorschätzung der Kartoffelernte erscheint dabei zur Zeit wichtiger als die Vorschätzung der Getreideernte, weil hier die Preise gebunden und frühzeitige Marktdispositionen daher meist nicht erforderlich sind.

Wenn im Jahr 1955 die ersten vorläufigen Schätzungen sowohl bei Getreide wie auch bei Kartoffeln überhöht erschienen, so ist dies z.T. auf eine aussergewöhnlich schlechte Spätentwicklung, die bei einer Vorschätzung niemals vorauszu-

sehen ist, zurückzuführen. Zu einem gewissen Teil ist hierin jedoch der Niederschlag der in den letzten Jahren laufend durch intensivere Schulung der Berichterstatter und durch Einführung der Proberodungen verbesserten Schätzungen zu erblicken. Noch bis zum Jahre 1954 lag bei Kartoffeln die erste Vorschätzung wesentlich unterhalb des endgültigen Ergebnisses, das unter Heranziehung der Besonderen Ernteermittlungen festgestellt wird. Dagegen ergab im Jahre 1955 die erste Vorschätzung keine zu niedrigen Werte.

3. Gemüsestatistik

Die Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau wurde im Jahre 1955 sehr frühzeitig durchgeführt und ihre Ergebnisse so zeitig veröffentlicht, dass sie bei den Dispositionen des gleichen Jahres noch berücksichtigt werden konnten. Es ist beabsichtigt, die bei dieser Erhebung zur Zeit noch angewandte unsystematische Teilzählung in eine methodisch einwandfreie repräsentative Form umzugestalten.

4. Viehzählungen

Dem neuen Viehzählungsgesetz hat der Bundesrat bereits zugestimmt. Der Inhalt unterscheidet sich, abgesehen von der Kostenregelung, nur wenig von dem bereits vor zwei Jahren vom Bundestag verabschiedeten Entwurf. Die Verwendung von Einzelangaben ist für bestimmte Zwecke vorgesehen. Nachkontrollen werden alle zwei Jahre, und zwar bei der Juni- und Dezemberzählung durchgeführt.

Die seither bei Viehzählungen durchgeführten Nachkontrollen weisen eine gewisse Stetigkeit der Zählfehler nach. (Schweine insgesamt zwischen 6,8 vH und 5,2 vH, Zuchtsauen insgesamt zwischen 2,5 vH und 3,7 vH.)

Die Umstellung der Juni-Viehzählung auf die repräsentative Methode wird im Juni 1956 erfolgen. Die Vorarbeiten haben ergeben, dass für die Rinderzählung die gleiche Zählflächeneinteilung und Schichtung wie bei den Schweinezählungen angewandt werden kann.

5. Statistik der Landarbeitskräfte

Als Fortsetzung der bis zum Jahre 1954 durchgeführten

Erhebung der familieneigenen Arbeitskräfte sowie in Anlehnung an die oben genannten Pläne einer Rahmenstatistik wird ab 1956 voraussichtlich eine Statistik der Landarbeitskräfte durchgeführt. Das mit den Bundesressorts abgestimmte Erhebungsprogramm sieht jährlich eine Erhebung auf breiter repräsentativer Grundlage vor, bei der die in den Betrieben lebenden und beschäftigten familieneigenen und -fremden Personen erfasst werden sollen. An die Jahresherhebung sollen bei insgesamt etwa 1 vH der Betriebe monatliche Erhebungen angehängt werden, die als Unterstichprobe zur Jahresherhebung durchgeführt werden und bei welchen die Veränderungen im Bestand der Arbeitskräfte sowie die von diesen im abgelaufenen Monat geleisteten Arbeitszeiten ermittelt werden sollen. Die Ergebnisse der Statistik sollen nach Betriebsgrößenklassen und nach Bodenbenutzungssystemen gegliedert werden.

Die Beratung des Verordnungsentwurfs ist auf der nächsten Sitzung des Sonderausschusses Statistik der Länder im Januar 1956 vorgesehen.

6. Forsterhebung

Auf Veranlassung des Bundesernährungsministeriums wurde ferner der erste Entwurf des Erhebungsplans für eine allgemeine Forsterhebung ausgearbeitet, welcher sich an die Forsterhebung 1937 anlehnt, dabei jedoch die besonderen Wünsche des Deutschen Forstwirtschaftsrates für eine neue Forsterhebung berücksichtigt. Als günstiger Erhebungszeitpunkt wird vom Deutschen Forstwirtschaftsrat das Frühjahr 1958 bezeichnet. Die Betriebe von 5 ha Holzbodenfläche aufwärts sollen mit Betriebsbogen, kleinere Betriebe listenmässig erfasst werden. Inhaltlich unterscheidet sich das Erhebungsprogramm von dem des Jahres 1937 dadurch, dass der Holzeinschlag und der Bestockungsgrad (bei Hochwald) nicht erfragt werden soll. Neu ist dagegen die besondere Erfassung des Plenterwaldes nach Vorratsklassen und des Mischwaldes nach Holzartengruppen. In Aussicht genommen ist ferner eine repräsentative Feststellung von Vorrat und Zuwachs im Anschluss an die Haupterhebung.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

1. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat im Herbst 1955 einen neuen Referentenentwurf für die nach dem StatGes notwendige rechtliche Fundierung der Industrie- und Handwerksstatistik vorgelegt. Dieser geht im wesentlichen davon aus, für die bestehende Form der Industrie- und Handwerksstatistik eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die jedoch Spielraum für methodische Reformen lassen soll. Er unterscheidet sich von dem früheren Entwurf vor allem dadurch, dass die Regelung der Energiewirtschaftsstatistik und der Handwerksstatistik nicht mehr in den Gesetzentwurf einbezogen ist und dass die Zahl der in die laufenden Statistiken einbezogenen Betriebe infolge der an der früheren Fassung geübten Kritik nicht mehr in vH der Gesamtzahl, sondern durch absolute Höchstzahlen festgelegt wird. In der letzten Fachausschuss-Sitzung wurde, abgesehen von kleinen Änderungen an Einzelformulierungen, eine geringe Heraufsetzung der Maximalzahl der einzubeziehenden Industriebetriebe sowie eine Einschränkung der sogenannten Dienstberichterstattung dahingehend vorgeschlagen, dass die Weiterleitung von Einzelangaben an die Obersten Bundes- und Landesbehörden nur im Einzelfall zugelassen werden soll. Der Gesetzentwurf in der neuesten Fassung ist jetzt vom Bundeswirtschaftsministerium zur Beratung im Sonderausschuss an die Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter versandt worden.

2. Jahreserhebung über die Nettoleistung in der Industrie

Die Vorbereitungen zur Durchführung der Jahreserhebung über die Nettoleistung in der Industrie, die ein weitgehend neuartiges Erhebungsprojekt darstellt und über die für die letzte Beiratssitzung eingehend berichtet wurde, haben sich über das ganze Jahr 1955 hingezogen. Nachdem das Bundeswirtschaftsministerium sein grundsätzliches Einverständnis zu dieser Erhebung gegeben hatte, wurde die Rechtsverordnung nach Beratung in den verschiedenen Koor-

dinierungsausschüssen und nach Zustimmung durch den Bundesrat am 12. 1. 1956 verkündet, so dass die Erhebung nun zu Beginn des Jahres 1956 erfolgen kann. In der Fragestellung und der Gliederung der Erhebung in einen Fragebogen, der sämtliche industrieberichtspflichtigen Unternehmen erfasst, und einen Ergänzungsbogen für höchstens 11 000 ausgewählte Unternehmen (einschl. Berlin), der vor allem die Aufgliederung des Wareneingangs nach Warengruppen enthält, hat sich nichts Wesentliches geändert. In eingehenden Verhandlungen mit den zuständigen Industrieverbänden wurden die Warenlisten für die Aufgliederung des Materialeingangs nach Gruppen, die branchenweise individuell gestaltet sein müssen, erarbeitet. Es wurden 27 verschiedene Warenlisten gebildet, die sich zum Teil auf mehrere in ihrer Rohstoffstruktur verwandte Industriezweige beziehen; die Ergebnisse können jedoch, ebenso wie die Zusatzerhebung 1951/52, für sämtliche Industriegruppen und selbständigen Industriezweige der Industrieberichtsgliederung zusammengestellt werden. Ferner wurde der Auswahlplan für die 11 000 Unternehmen des repräsentativen Teils der Erhebung festgelegt, wobei je nach der absoluten Zahl der vorhandenen Unternehmen und der mehr oder weniger starken Einheitlichkeit der Materialstruktur für die einzelnen Industriezweige verschiedene Anteilsätze zugrunde gelegt wurden.

3. Erhebung über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über die 40-Stundenwoche hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund im Herbst 1954 angeregt, durch eine Erhebung zu ermitteln, wie weit bereits jetzt in der Industrie eine geringere Wochenarbeitszeit als 48 Stunden besteht und inwieweit die 5-Tagewoche eingeführt ist. Bei den Vorbesprechungen ergab sich, dass es zweckmässig ist, diese Erfragung nicht an die Lohnstatistik, sondern an die Industrieberichtserstattung anzuschliessen, da hierfür eine möglichst vollzählige Beteiligung sämtlicher Industriebetriebe erforderlich ist. Nachdem der Herr Bundesminister für Wirtschaft im Mai 1955 einen entsprechenden Auftrag gegeben hatte, wurde gemeinsam mit einem vom Fachausschuss eingesetzten Arbeitskreis, in dem die

Gewerkschaften, der Bundesverband der Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der Industrie vertreten waren, im Laufe des Sommers die Fragestellung und das Tabellenprogramm im einzelnen ausgearbeitet. Diese enthalten für den Zeitpunkt Ende September 1955 die regelmässige Wochenarbeitszeit der Arbeiter in Stunden und Tagen, die Zahl der Arbeiter und der bezahlten Arbeiterstunden (zur Errechnung der tatsächlichen Arbeitszeit), die Regelung der Überstundenzuschläge und des Lohnausgleichs, den Zeitpunkt der Einführung der geltenden regelmässigen Arbeitszeit. Die Rechtsgrundlage, deren Schaffung infolge von Unklarheiten über die Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage bei freiwilliger Befragung verzögert worden war, ist am 12. 1. 1956 verkündet worden, so dass die Erhebung im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht Anfang 1956 durchgeführt werden kann.

4. Methodische Verbesserungen beim Industriebericht und Baubericht

Die Vorschläge des Statistischen Bundesamtes zu einer Reform der fachlichen Gliederung des Industrieberichts, die in einem vom Fachausschuss eingesetzten Arbeitskreis beraten wurden, haben zu gewissen Teilergebnissen geführt, die ab Anfang 1956 verwirklicht werden können. Insbesondere sind die wenig glücklichen „Industrieuntergruppen“ (d.h. „hauptbeteiligte“ Industriezweige innerhalb „beteiligter“ Industriegruppen) beseitigt worden, und zwar dadurch, dass diejenigen Industriegruppen, die bisher nach dem Untergruppenverfahren aufgegliedert wurden, künftig nach „beteiligten“ Industriezweigen (Erzeugnisgesamtheiten) unterteilt werden. Ferner soll in einigen Industriegruppen, die bisher noch nicht unterteilt wurden, künftig eine Aufgliederung nach „beteiligten“ Industriezweigen aufbereitet und veröffentlicht werden. Der Vorschlag, von der Aufteilung der Beschäftigten nach „beteiligten“ Industriegruppen und -zweigen abzusehen, konnte sich dagegen nicht durchsetzen, da die Ministerien und Landesämter sowie der Bundesverband der Industrie auf diese Zahlen entscheidenden Wert legen. Diese Arbeiten sollen fortgesetzt werden,

insbesondere ist die bisherige begriffliche Bereinigung durch eine terminologische und nummerungstechnische Bereinigung zu ergänzen.

Die Berechnung durchlaufender Reihen wurde für die Bauberichterstattung im vergangenen Jahr fertiggestellt und veröffentlicht. Sie beseitigen nicht nur die einmal im Jahr auftretenden „Sprünge“ in den Reihen, sondern lassen das Bauhauptgewerbe nunmehr auch in den Monatszahlen in der richtigen Grössenordnung erscheinen. Beim Industrierbericht sind im vergangenen Jahr ebenfalls durchlaufende Reihen für Beschäftigte, Arbeiterstunden, Löhne und Umsatz in der Gliederung nach hauptbeteiligten Industriegruppen (Institutionen) berechnet worden. Entsprechende Berechnungen für die Merkmale Gehälter, Brennstoff- und Stromverbrauch sollen noch folgen.

5. Handwerkszählung 1956

Die Vorbereitungen der Handwerkszählung sind im vergangenen Jahr zu einem gewissen Abschluss gekommen. Der Fragebogen ist noch mehrfach überarbeitet und als Anlage zu dem Gesetzentwurf dem Bundeskabinett zugeleitet worden. Sein Umfang entspricht etwa dem der Handwerkszählung 1949. Der ursprünglich geplante Sonderfragebogen für eine repräsentative Erfassung des Maschinenbestandes ist weggefallen. Diese Erhebung wird wahrscheinlich vom Zentralverband des deutschen Handwerks und dem Handwerkstechnischen Institut Hannover durchgeführt werden. Die von verschiedenen Stellen gegen den Umfang der Handwerkszählung und die Höhe der Kosten vorgebrachten Bedenken haben das Statistische Bundesamt veranlasst, im Frühjahr 1955 die Möglichkeit einer teilweise repräsentativen Erfragung zur Diskussion zu stellen, wobei von vornherein darauf hingewiesen wurde, dass bei den repräsentativ erfaßten Tatbeständen eine gröbere Gliederung der Ergebnisse, namentlich in regionaler Hinsicht, in Kauf genommen werden müßte. Die Hauptinteressenten an der Zählung (Bundewirtschaftsministerium, Länderwirtschaftsministerien, Handwerksorganisationen) haben die für eine sinnvolle Anwendung des Repräsentativverfahrens notwendigen

Beschränkungen jedoch nicht gebilligt, insbesondere wurde auf eine sehr weitgehende regionale Gliederung für sämtliche Positionen Wert gelegt. Unter diesen Umständen kam der Fachausschuss zu dem Ergebnis, dass von der Anwendung des teilweise repräsentativen Verfahrens Abstand genommen werden musste. Das Tabellenprogramm der Zählung ist im Entwurf fertiggestellt. Eine Mitarbeit der Handwerkskammern ist grundsätzlich für die Bereitstellung des Adressenmaterials vorgesehen, doch wird in einigen Ländern die Heranziehung der Kammern zu weiterer Mitarbeit erwogen.

Der Bundesrat hat am 20. Januar 1956 dem Gesetzentwurf im 1. Durchgang zugestimmt.

6. Produktionsindex

Der neue Produktionsindex mit dem Gewichtungsjahr 1950 wurde im Mai 1955 fertiggestellt und wird seitdem intern monatlich berechnet. Die Berechnung erstreckt sich in Monatszahlen zurück bis Januar 1948, ausserdem wurden für den Vorkriegsvergleich Jahreszahlen für 1936 und 1938 ermittelt. Dank des ausführlicheren statistischen Materials, das für das Jahr 1950 zur Verfügung stand, konnte die Repräsentation wesentlich verbessert werden. Der Index umfasst jetzt z.B. 380 Einzelreihen gegen 270 beim bisherigen Index. Über die Veröffentlichung der Methodik und der Ergebnisse sind noch Verhandlungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium im Gang. Die Publikation ist in der Form vorgesehen, dass die Indexziffern, ähnlich wie die Preisindexziffern, sowohl auf Originalbasis 1950 als auch umbasiert auf 1936 laufend bekanntgegeben werden, da der Vergleich mit der Vorkriegszeit für die Wirtschaftsbeobachtung noch immer von besonderem Interesse ist.

7. Textil- und Bekleidungsfachstatistik

Da das aus der Bundesstelle für den Warenverkehr hervorgegangene „Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft“ für die bisher dort geführte Textilfachstatistik keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung hatte, hat das Bundesministerium für Wirtschaft im März 1955 das Statistische Bundesamt gebeten, diese weiterhin benötigte monatliche Fachstatistik zu

übernehmen. Diese Statistik erhebt Produktion, Versand und Bestand an Textilerzeugnissen sowie die Rohstoffbewegungen in weitgehender Gliederung und wurde in den Ländern bereits überwiegend von den Statistischen Landesämtern bearbeitet. Da für diese Statistik dem Statistischen Bundesamt keine neuen Mittel zur Verfügung gestellt wurden und dieses vorübergehend auch die Landesergebnisse der bisher nicht beteiligten Länder aufbereiten musste, entstanden bei der Überleitung zunächst gewisse Schwierigkeiten, die aber bald behoben werden konnten. Bereits nach wenigen Monaten konnten die üblichen Termine für die Bundesergebnisse wieder eingehalten, vielfach sogar unterschritten werden. Die Bekleidungsfachstatistik wurde Anfang 1955 in die amtliche Produktionsstatistik (Produktions-Eilbericht, Vierteljährliche Produktionserhebung) überführt. Hierdurch wurden die Ergebnisse für diesen wichtigen Industriezweig nunmehr auch für den Produktionsindex verwendbar.

8. Erhebung über die Wasserversorgung

Bei der Vorbereitung der aus praktischen Gründen sehr wichtigen Erhebung über die Wasserversorgung der Industrie im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht ergaben sich Schwierigkeiten juristischer Art, die dadurch hervorgerufen waren, dass die Fragestellung gegenüber dem Umfang von 1953 vom Bundesministerium für Wirtschaft geringfügig erweitert wurde und über die Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage bei freiwilligen Befragungen Unklarheiten bestanden.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

1. Aussenhandelsstatistik

Die Entwicklung der Arbeiten wurde weitgehend dadurch bestimmt, dass der Umfang des Aussenhandels sich weiter kräftig ausdehnte und hierbei eine überproportionale Zunahme der zu bearbeitenden Belege eintrat. Der Durchschnittswert je Sendung ist in Einfuhr und Ausfuhr zurückgegangen. Trotzdem konnte eine weitere Verfeinerung in der Auswertung des Aussenhandels insofern durchgeführt werden,

als die Rückwaren und die unentgeltlichen Ersatzlieferungen genauer erfasst und klar erkennbar nachgewiesen werden.

An die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Eisen und Stahl werden Sonderdarstellungen des Aussenhandels der Bundesrepublik Deutschland, soweit die Montangüter betroffen sind, geliefert. Hierzu wurde eine sehr weitgehende Feingliederung des der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterstehenden Warenbereichs verlangt und durchgeführt.

Die Darstellung des Aussenhandels der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern hatte aus Haushaltsgründen im Jahre 1955 nur noch vierteljährlich veröffentlicht werden können. Ab Anfang 1956 ist durch rationellere Erstellung dieser Veröffentlichung wieder eine monatliche Herausgabe der entsprechenden Hefte möglich geworden. Für das Jahr 1955 wird als Ergänzungsheft zum Dezember-Heft eine kombinierte Darstellung nach Herstellungs- und Einkaufsländern in der Einfuhr und nach Verbrauchs- und Käuferländern in der Ausfuhr herausgegeben.

Mit Ausnahme des Teils 1 ist es ermöglicht worden, die Dezember-Hefte aller Veröffentlichungsteile zur Aussenhandelsstatistik so zu gestalten, dass sie bereits die endgültigen Jahresergebnisse enthalten. Einige später anfallende Konzentrationstabellen aus den Teilen 2 bis 6 werden in die Jahresausgabe des Teils 1 übernommen.

Der Gesetzentwurf ist den gesetzgebenden Körperschaften bisher nicht zugeleitet worden.

2. Binnenhandelsstatistik

- a) Nachdem die Rechtsverordnung für die Durchführung einer Statistik im Grosshandel vorliegt, sind nunmehr die meisten wichtigen Zweige des unabhängigen Grosshandels in die Umsatzberichterstattung einbezogen worden. Erstmals wurden - und zwar rückwirkend bis zum Jahre 1950 - Reihen über die Lagerentwicklung in diesen Grosshandelszweigen aufgestellt. Die Arbeit wird nunmehr auf den Bereich der Einkaufsvereinigungen ausgedehnt. Für alle

Grosshandelszweige, deren Firmen mit starker Streuung im gesamten Bundesgebiet ansässig sind, sind den Statistischen Landesämtern ebenfalls Umsatzreihen laufend zur Verfügung gestellt worden.

- b) Durch eine entsprechende Umstellung in der Auswertung der Statistiken des Interzonenhandels und des Berlin-Handels ist es möglich gewesen, die Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs zu entlasten und für die Verkehrsstatistiken die Ergebnisse dieser beiden Handelsstatistiken zu verwerten.

3. Verkehrsstatistiken

- a) In der Revision des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken sind zwei Etappen erreicht worden. Zunächst wurde das vorhandene Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken überarbeitet und modernisiert; diese Fassung wird demnächst herausgegeben. Außerdem wurden jetzt auf internationaler Basis in Zusammenarbeit mit der Rheinschiffahrtskommission und der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) Grundsätze für ein neues statistisches Güterverzeichnis für die Binnenschiffahrtsstatistiken entwickelt. Bei diesen Arbeiten ist darauf Rücksicht genommen worden, die methodischen Verbindungen zwischen diesem Güterverzeichnis, dem geplanten Verzeichnis der ECE, der Standard International Trade Classification und den nationalen Warenverzeichnissen sicherzustellen.
- b) Für die Binnenschiffahrtsstatistik ist ein neues Hafenverzeichnis mit Kilometrierungstabelle herausgebracht worden. Die Arbeiten an einem neuen Hafenverzeichnis für die Seeschiffahrt werden bald abgeschlossen werden.
- c) Für alle Verkehrsstatistiken sind besondere Nachweisungen der Güterbewegung in Gütern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in der Berichtszeit vorbereitet worden. Hierbei soll erreicht werden, dass der Verkehr in Montangütern auf allen Verkehrsträgern in der Weise nachgewiesen wird, dass die Verkehrsströme zwischen relativ eng begrenzten Verkehrsbezirken innerhalb des

Gebiets der Montanunion und mit dem Ausland vierteljährlich erkennbar werden. Diese Arbeiten sind für die Eisenbahnen bereits im Oktober 1955, für die Binnenschifffahrt und die Seeschifffahrt im Januar 1956 angelaufen. Für den Verkehr auf Strassen sind noch weitere Vorbereitungen erforderlich, weil die anderen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angehörenden Länder noch nicht über ausreichende Erhebungen im Strassenverkehr verfügen.

- d) In der Bundesrepublik stehen nunmehr die ersten Angaben über den Güterfernverkehr auf Strassen zur Verfügung. Für das Jahr 1955 wird eine Veröffentlichung der Güterbewegungsstatistiken im Fernverkehr auf Strassen möglich werden.
- e) Im Jahre 1956 soll eine Ergänzung der aus mehreren Erhebungen bereits vorhandenen Zahlen über Länge, Bauweise, Unterhaltung, Zustand der Bundesautobahnen, Bundesstrassen und Landstrassen 1. und 2. Ordnung durch entsprechende Zählungen der Gemeindestrassen durchgeführt werden.
- f) Als Beitrag zur Ermittlung der Verkehrsdichte auf deutschen Strassen wird eine Repräsentativstatistik der Fahrleistungen aller wichtigen Kraftfahrzeugarten durchgeführt, wobei auch versucht werden soll, die Kraftfahrleistungen nach Eigner-Kategorien zu erkennen.
- g) Ferner ist eine Wiederholung der Repräsentativstatistiken über den gesamten Güterverkehr auf Strassen aus den Jahren 1950 und 1952 geplant. Die Erkenntnisse dieser Statistiken haben sich bei den Vorbereitungen des Verkehrsfinanzgesetzes als ausserordentlich wertvoll erwiesen. Bei dieser neuen Repräsentativerhebung sollen die eigenen Erfahrungen aus der früheren Arbeit und die im Rahmen der ECE ausgetauschten Erfahrungen anderer Länder mit benutzt werden.
- h) Sehr intensive Arbeiten sind auf die Verbesserung und Vervollständigung der Strassenverkehrsunfallstatistik verwandt worden. Hierbei sind durch die Mitarbeit bei der ECE auch internationale Erfahrungen genutzt und

internationale Forderungen berücksichtigt worden. Die Bearbeitung dieser Statistik ist bei den Statistischen Landesämtern zentralisiert worden. Hierdurch wurde es möglich, das Erhebungsmaterial sehr viel intensiver auszuwerten als es früher der Fall war. Es ist ein umfassendes bundeseinheitliches Tabellierungsprogramm von allen Bundesländern erfüllt worden. Darüber hinaus haben die Länder aber auch zahlreiche Sonderauswertungen des Materials durchgeführt. Die Ergebnisse sind bei der Verkehrssicherheitskonferenz der Bundes- und Länderminister ausgewertet worden. Ferner ist erfolgreich eine Koordinierung mit anderen einschlägigen Statistiken begonnen worden, wobei vor allem auf breiter Basis aufbauende Untersuchungen von Universitätskliniken über Todesursachen und Verletzungsarten der Opfer von Straßenverkehrsunfällen mit den Ergebnissen der Strassenverkehrsunfallstatistik zum Vergleich herangezogen worden sind. Ferner wurde eine Abstimmung mit den Ergebnissen der Todesursachenstatistik herbeigeführt, schliesslich ein Vergleich mit den Ergebnissen von Gerichtsverfahren in einer Reihe von Staatsanwaltschaftsbezirken. Eine Rechtsverordnung für diese Statistik ist inzwischen in Kraft gesetzt worden.

- i) Die Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs ist durch den Passkontrolldienst weitergeführt worden, jedoch muss damit gerechnet werden, dass die Erhebungen zu dieser Statistik im Rahmen der allgemeinen Erleichterung der Formalitäten beim Reiseverkehr über die Grenzen in Fortfall kommen werden.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

1. Neuberechnung eines Preisindex ausgewählter Grundstoffe

Im vergangenen Jahr hat sich das Statistische Bundesamt bemüht, die theoretischen Grundlagen der Preisindexberechnungen - insbesondere auch im Zusammenhang mit der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen - zu vertiefen und das System der Preisindices auszubauen. In diesem Zusammen-

hang wurde der bisher berechnete „Index der Grundstoffpreise“ einer Revision unterzogen und als „Preisindex ausgewählter Grundstoffe“ neu berechnet. Mit diesem Index wird ein erster Schritt zur Vervollständigung des Systems der Preisindices in Richtung auf Indexziffern der Einkaufspreise wichtiger Wirtschaftsbereiche getan. Preise entstehen, wenn Waren und Dienstleistungen verkauft und gekauft werden. Diese Preise können daher einmal vom Standpunkt des verkaufenden Wirtschaftsbereichs, ein zweites Mal vom Standpunkt des einkaufenden Wirtschaftsbereichs zusammengefasst und indexmässig dargestellt werden. Zur ersten Gruppe gehören z.B. die Erzeugerpreisindices für landwirtschaftliche und industrielle Produkte, der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter (als Verkaufspreise ausländischer Erzeuger gesehen) und der Index der Verkaufspreise des Einzelhandels. Zur zweiten Gruppe gehören z.B. der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und die Preisindexziffer für die Lebenshaltung (als Einkaufspreise der privaten Haushaltungen). Es fehlen die Indexziffern der Einkaufspreise wichtiger Wirtschaftsbereiche, insbesondere der einzelnen Industriegruppen. Derartige Berechnungen konnten bisher noch nicht in Angriff genommen werden, da die warenmässige Zusammensetzung der Einkäufe der einzelnen Bereiche nicht bekannt war. Nachdem durch die Ergebnisse der Jahreserhebung über die Nettoleistungen der Industrie für das Jahr 1954 nunmehr entsprechendes Material zu erwarten ist, kann anschliessend mit dem Ausbau des Indexsystems in dieser Richtung begonnen werden.

2. Neuberechnung des Index für sächliche Betriebsmittel in der Landwirtschaft

Im Rahmen der Revision des Preisindex für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel hat das Statistische Bundesamt unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine neue Auswahl der in den Index einzubeziehenden Waren getroffen und ein neues Gewichtsschema aufgestellt. Ausserdem ist zur Verbesserung der Repräsentation eine etwas andere Verteilung der

Berichtskreise auf die Länder notwendig geworden. Die Berichtsstellen insgesamt konnten von ca. 9 000 auf 8 000 im Bundesgebiet eingeschränkt werden. Folgende Gegenüberstellung zeigt die bisherige und die neue Verteilung auf die einzelnen Länder.

L a n d	Berichtskreise		Berichtsstellen	
	bisher	jetzt	bisher	jetzt
Schleswig-Holstein	5	5	1 567	571
Niedersachsen	26	15	1 614	1 713
Nordrhein-Westfalen	19	10	2 352	1 142
Hessen	5	5	797	571
Rheinland-Pfalz	5	5	499	571
Baden-Württemberg	3	10	715	1 142
Bayern	13	20	1 341	2 284
Insgesamt:	76	70	8 885	7 994

Die Preise werden zum Teil von den Statistischen Landesämtern, zum Teil vom Statistischen Bundesamt erhoben. Entgegen dem bisherigen Verfahren werden für die Indexberechnung keine Landesdurchschnittspreise mehr berechnet; jede einzelne Preisreihe wird vielmehr für sich in eine Messziffernreihe umgewandelt, die Messziffernreihen für die gleiche Ware werden ungewogen zu Durchschnittsmessziffern, die Messziffernreihen der verschiedenen im Index berücksichtigten Waren und Leistungen dagegen gewichtet zu Gruppen und im Gesamtindex zusammengefasst.

3. Pläne zur Neuberechnung des Index der Wohnungsbaupreise

Anknüpfend an frühere Überlegungen wird im Jahre 1956 der Preisindex für den Wohnungsbau reformiert werden müssen. Dabei muss darauf Bedacht genommen werden, auch diesen Index organisch in das System der Preisindices einzubauen. Ausserdem muss daran gedacht werden, die verschiedenen Verwendungszwecke des Index zu berücksichtigen, welche einmal auf die Beschreibung der Preisentwicklung für die Leistungen des Baugewerbes und zum andern auf die Beschreibung der Preisentwicklung für die Ersteller (gleich Bauherren)

bestimmter Gebäudetypen gerichtet sind. Schliesslich müssen die Mängel beseitigt werden, welche gegenwärtig in der Preiserhebung insofern begründet sind, als die Zahl der Berichtsstellen zu gering und die Art der Berichtsstellen zu einseitig auf behördliche Stellen abgestellt ist. Die Vorschläge für die Revision des Baupreisindex sind zur Zeit in Arbeit und werden im Frühjahr dieses Jahres dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Entsprechend dem Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes kommt für diese Frage der Fachausschuss "Wohnungs- und Baustatistik" in Betracht.

4. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1956

Auf Anregung des Bundesministeriums für Arbeit wird für das Jahr 1956 eine neue Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vorbereitet, welche im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgt und nach den gleichen Verfahren durchgeführt werden soll wie die Strukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft im November 1951. Es werden jedoch einige Änderungen gegenüber 1951 vorgenommen, weil die für die Erhebung in Aussicht gestellten Geldmittel stark gekürzt sind und Daten über Tatbestände ermittelt werden sollen, die bei der letzten Erhebung nicht erfragt wurden. Unter diesen Umständen war es nötig, teilweise neue Wege zu gehen, ohne aber dadurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beider Erhebungen wesentlich zu beeinträchtigen. Die Methode und der Umfang der Erhebung wurden im Rahmen des Fachausschusses „Preis- und Lohnstatistik“ und eines von diesem eingesetzten Arbeitskreises eingehend erörtert. Weiterhin wurde in einer Reihe von Besprechungen mit Fachverbänden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen über Einzelfragen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung diskutiert. Das Ergebnis aller dieser Überlegungen fand seinen Niederschlag in einem „Plan einer Gehalts- und Lohnstrukturerhebung für Oktober 1956“, der den weiteren Arbeiten an diesem Projekt, insbesondere der Beratung im Rahmen der Gewinnung einer Rechtsgrundlage zugrunde liegt.

Danach wird die Erhebung sich räumlich auf alle Länder des Bundesgebietes und West-Berlin erstrecken, aber - aus finanziellen und vor allem methodischen Erwägungen - nicht auf die gesamte Wirtschaft. Die Befragung über die

Verdienstverhältnisse soll sich auf die Arbeiter und Angestellten in der Industrie und der Bauwirtschaft erstrecken. Im Handel, Geld- und Versicherungswesen und bei einigen freiberuflichen Betrieben (Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Handelsvertreter) sollen nur die Verdienste der Angestellten erhoben werden.

Die Erhebung wird auf repräsentativem Wege durchgeführt. Durch eine geschichtete Auswahlmethode wird bei sparsamer Mittelanwendung und der Wahrung des Zufallsprinzips erreicht, dass die Arbeitnehmer in allen Gewerbebranchen, Gehalts- und Lohngruppen sowie in allen Betriebsgrößenklassen mit einer etwa gleichmässigen Repräsentation von rund 15 vH erfasst werden.

Die Rechtsgrundlage für diese Erhebung soll in Form einer Rechtsverordnung gewonnen werden, welche die Bundesregierung auf Grund des Gesetzes über Lohnstatistik mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen gedenkt. Es wird von dem Zeitpunkt der Rechtskraft dieses Gesetzes abhängen, ob die geplante Gehalts- und Lohnstrukturerhebung - wie vorgesehen - noch im Oktober 1956 durchgeführt werden kann.

5. Neuordnung der Lohnsummenstatistik

Genaue und eingehende Unterlagen für die Lohnpolitik können nur durch Individualerhebungen gewonnen werden; da sie aber wegen der langen Dauer ihrer Aufbereitung, der Kosten und der Belastung der Betriebe nur in Zeitabständen von mehreren Jahren durchgeführt werden können, hat man zu dem Verfahren der Lohnsummenstatistik gegriffen, das in Deutschland im Jahre 1935 eingeführt wurde. Im Jahre 1946 wurde die Lohnsummenstatistik im wesentlichen nach dem alten Verfahren wieder aufgenommen. Sie stellt in vierteljährlichen Erhebungen die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter in 24 Gewerbebranchen fest und beobachtet die Entwicklung des Lohneinkommens der Arbeiterschaft nach Leistungsgruppen, welche etwa der Einteilung nach Fach-

arbeitern, angelernten Arbeitern und Hilfsarbeitern entsprechen.

Die geplante Neuordnung verfolgt nicht den Zweck, grundsätzliche Änderungen in dieser Statistik herbeizuführen, sondern lediglich einige Mängel zu beseitigen, die sich infolge der Strukturveränderungen im Wirtschaftsleben allmählich herausgebildet haben.

Das Statistische Bundesamt hat seine Vorschläge zur Neuordnung der Lohnsummenstatistik in einer Denkschrift „Zur Reform der Lohnsummenstatistik in der Industrie“ niedergelegt und dabei das Für und Wider der zur Anwendung kommenden Erhebungsmethoden auf den Aussagewert der Statistik einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Im einzelnen erstrecken sich die Fragen, welche im Zuge der Neuordnung zu klären waren, auf folgende Punkte:

- a) Umfang der zu erfassenden Wirtschaftsbereiche
- b) Gliederung der Nachweisung nach Wirtschaftsbereichen
- c) Festlegung der Auswahl der Betriebe nach Wirtschaftsbereichen und Ländern
- d) Kreis der zu erfassenden Arbeiter
- e) Gruppierung der Arbeiter nach Leistungsgruppen und Definition dieser Gruppen
- f) Lohnbegriff

Der Fachausschuss „Preis- und Lohnstatistik“ hat sich bei seiner letzten Sitzung im November 1955 eingehend mit den Vorschlägen des Statistischen Bundesamtes beschäftigt und sie gebilligt. Damit sind die Arbeiten zur Neuordnung der Lohnsummenstatistik in der Industrie aus dem Stadium der Planung in das der Ausführung getreten. Es ist damit zu rechnen, dass bei der Erhebung im August 1956 die vorgesehenen Verbesserungen zur Anwendung kommen werden. Bis dahin werden ausser diesen die eigentliche Erhebung betreffenden Fragen auch die mit der Revision des Index der Arbeiterverdienste zusammenhängenden Probleme so weit geklärt sein, dass die Indexberechnung auf neuer Grundlage erfolgen kann.

6. Statistik über die Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs 1956

Über dieses Vorhaben wurde bereits im letzten Bericht

ausführlich gesprochen. Die jetzige Darstellung kann sich deshalb auf die Schilderung des derzeitigen Standes der Vorbereitungsarbeiten beschränken. Gegenüber dem ursprünglichen Plan, eine grosse Stichprobe (10 % der Wohnungen und ihrer Bewohner) der Statistik zugrunde zu legen, hat sich in den weiteren Beratungen die Notwendigkeit ergeben, eine Totalzählung durchzuführen. Diese ist vorwiegend bedingt durch Anforderungen der Länder, die sich aus Fragen der regionalen Verteilung der Wohnungsbaumittel, aus Fragen des Finanzierungsausgleiches (Bevölkerungszahlen nach Gemeinden) ergeben, und einiger Bundesstellen (Bundesministerium für Vertriebene und Bundesausgleichsamt) auf Feststellung des Umfanges bestimmter Bevölkerungsgruppen bzw. der Wohnverhältnisse der Lastenausgleichsberechtigten begründet. Ausserdem soll die Gelegenheit der totalen Zählung noch dazu benutzt werden, gewisse Unterlagen über die Wohnungsmieten zu erlangen, die für eine neue Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses für erforderlich gehalten werden. Das Schwergewicht der das Bundesministerium für Wohnungsbau besonders interessierenden Fragen liegt weiterhin bei einer 10 %-Teilerhebung und Teilaufbereitung, welche mit der totalen Zählung verbunden und durch eine nachträgliche 1 %-Interviewererhebung ergänzt wird.

Der Gesetzentwurf wurde inzwischen vom Bundeskabinett verabschiedet. Er wird jetzt dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet. Die entsprechenden Vorbereitungen wurden so geführt, dass Anfang 1956 die abschliessenden Beratungen im Fachausschuss „Wohnungs- und Baustatistik“ durchgeführt werden konnten. Auf Grund dieser Beratungen werden jetzt die endgültigen Formeln der 100 %- und der 10 %-Erhebung fertiggestellt und den Statistischen Landesämtern als Unterlage für die Durchführung dieser beiden Teile der Statistik zugeleitet. Schwierigkeiten sind jedoch insofern zu erwarten, als das Gesetz erst ausserordentlich knapp vor dem Durchführungstermin für diese Zählungsteile Rechtskraft erhalten kann, die Statistischen Landesämter also einen Teil der Vorbereitungen für die Erhebungen ohne die erforderliche Rechtsgrundlage durchführen müssten. Das

Bundesministerium für Wohnungsbau legt jedoch unter Berufung auf diesbezügliche Übereinstimmung mit den zuständigen Länderministerien ausserordentlichen Wert auf Einhaltung des im Gesetzentwurf vorgesehenen Erhebungstermins (Mai 1956), da nur dann die Vorwegergebnisse der Zählung noch für die Beratungen über die Verteilung der Wohnungsbaumittel für 1957 zurecht kommen können.

7. Neue Fürsorgestatistik ab 1.4.1956

Die kurzfristige Einführung der Pauschalierung der Kriegsfolgenhilfe im April 1955 erforderte für das laufende Rechnungsjahr 1955/56 zunächst eine vorläufige Anpassung der Abrechnung und Statistik der öffentlichen Fürsorge an die neuen Vorschriften. Diese provisorische Lösung sollte vom Rechnungsjahr 1956/57 ab durch eine endgültige Regelung ersetzt werden. Hierbei sollten die Fürsorgeverbände insbesondere von bisherigen abrechnungsbedingten Nachweisungen entlastet werden, um dadurch grösseren Raum für wichtige sozialpolitische Angaben über die Fürsorge zu gewinnen. Da die Fürsorgestatistik bisher zu stark kameralistisch gebunden war, wissen wir trotz umfangreicher Nachweisungen nur sehr wenig z.B. über die Zusammensetzung und soziale Struktur der Unterstützten, die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit, den Umfang der ihnen durch die Fürsorge insgesamt gewährten sozialen Hilfe. Nach den gegebenen Vorschriften ist es jetzt nur noch erforderlich, die Fürsorge für Zugewanderte und die soziale Fürsorge gem. BVG getrennt abzurechnen und nachzuweisen; für den Hauptteil der Fürsorge können jedoch die bisherigen gesonderten Nachweisungen der Kriegsfolgenhilfe und ihrer Einzelgruppen entfallen. Eine weitere starke Entlastung der Fürsorgeverbände lässt sich dadurch erzielen, dass der vierteljährliche Nachweis der laufend Unterstützten auf einfache Zahlen des Bestandes und der Bestandsveränderung beschränkt wird, während die hauptsächlichsten sozialpolitischen Angaben durch einen jährlich einmaligen Ergänzungsnachweis auf repräsentativer Grundlage gewonnen werden. Bei einer solchen Form der zusätzlichen Nachweisung ist es auch möglich, die Angaben in der jährlichen Ergänzungsnachweisung jeweils nach den vorliegenden

Bedürfnissen zu ändern und zu variieren. Im Laufe einiger Jahre kann dadurch die allgemeine und amtliche Fürsorgestatistik ein grosses Mass eingehender Unterlagen erstellen, die bisher nur in einzelnen Grossstädten vorhanden waren. Die entsprechenden Beratungen wurden um die Jahreswende 1955/56 beendet, so dass die Statistik in der neuen Form ab Rechnungsjahr 1956/57 sichergestellt ist.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

1. Steuerstatistiken

Das für 1954 und die folgenden Jahre aufgestellte Programm der Steuerstatistik hat greifbare Formen angenommen. Zum Teil sind diese Statistiken - Umsatzsteuerstatistik 1954 und Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik 1953 - bereits in vollem Gange oder angelaufen.

Die dem Gesamtbereich der Steuerstatistiken dienende Massnahme, der Steuernummer aller Steuerpflichtigen eine Gewerbekennziffer anzuhängen, ist durchgeführt worden. In die von den Finanzämtern mit Hilfe der Adremaplättchen aller Steuerzahler aufgestellten Adremalisten ist von den Statistischen Landesämtern die mit dem „Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten“ identische Gewerbekennziffer eingetragen worden. Die Finanzämter haben sie auf die Adremaplatten übernommen. Damit ist die Gleichartigkeit der gewerblichen Gliederung aller Steuerstatistiken für die nächsten Jahre sichergestellt soweit eine solche Gleichartigkeit angesichts der verschiedenen Tatbestände, die in den einzelnen Steuerstatistiken erfasst werden, überhaupt möglich ist. Die à jour-Haltung der Gewerbekennziffer erfordert aber eine laufende Bearbeitung der in der Zahl der Steuerpflichtigen sowie in ihrer gewerblichen Tätigkeit eintretenden Veränderungen.

- a) Für die Umsatzsteuerstatistik 1954 ist in einer Koordinierungsvereinbarung der Finanzminister der Länder eine Rechtsgrundlage geschaffen worden. Für die Durchführung der Statistik sind die von den Finanzämtern auf Grund der Überwachungsbogen aufgestellten Zählblätter über die

Umsätze des Jahres 1954 und ihre Gliederung von den Statistischen Landesämtern aufbereitet worden. Ihre maschinelle Aufbereitung ist weitgehend abgeschlossen.

Erste, wenn auch vorläufige Ergebnisse über die Zahl der Steuerpflichtigen, ihren Gesamtumsatz, gegliedert nach steuerpflichtigem und steuerfreiem Umsatz und gegliedert zugleich nach Gewerbegruppen, Gewerbezeigen und Gewerbeklassen liegen grossenteils vor.

Der Umsatzsteuerstatistik 1954 soll sich zeitlich eine jährliche Umsatzsteuerstatistik anschließen, in der, ebenso wie in der für 1954 durchgeführten, Zählblätter auf Grund der Überwachungsbogen der Finanzämter gefertigt werden sollen. Die den Finanzämtern und den Statistischen Landesämtern hieraus erwachsende Arbeitsbelastung wird dadurch erheblich vermindert, dass im wesentlichen nur der Gesamtumsatz und die Umsatzsteuer erfasst und die Zahl der Gewerbezeigen, in die das Ergebnis gegliedert wird, verringert wird.

- b) Für die Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik zum 1.1.1953 ist die Rechtsgrundlage in der Form einer Koordinierungsvereinbarung der Finanzminister der Länder geschaffen worden. Die Durchführung der Statistik ist mit Hilfe der Zählblätter, die von den Finanzämtern als Durchschläge der Bescheide gefertigt werden, im Gange. Über die steuerpolitischen Erkenntniswerte hinaus, die von diesen beiden Statistiken erwartet werden, ist die Statistik der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens erstmalig darauf ausgerichtet, zugleich ein Bilanzbild aller gewerblichen Unternehmen zu liefern. Die Fertigstellung dieser beiden Statistiken ist aber über den ursprünglich vorgesehenen Termin hinaus dadurch verzögert worden, dass in einigen Ländern des Bundesgebietes die Feststellung der Einheitswerte und die Veranlagung zur Vermögensteuer wegen der Veranlagung zur Einkommensteuer 1954 unterbrochen worden ist.
- c) Für die Statistik der drei Einkommensteuern ist eine Rechtsgrundlage in Form eines Bundesgesetzes vorbereitet.

Dem Gesetzentwurf wurde vom Bundesrat im zweiten Durchgang am 21.12.1955 zugestimmt. Mit der Verkündung des Gesetzes kann demnächst gerechnet werden. Durch dieses Gesetz wird eine Statistik der Steuern vom veranlagten Einkommen und eine Statistik der Körperschaftsteuer für 1954 sowie eine Lohnsteuerstatistik für 1955 angeordnet. Das Gesetz sieht auch eine zumeist jährliche Wiederholung der Einkommensteuerstatistiken in beschränktem Umfang vor.

Die Einkommensteuerstatistik 1954 (einschliesslich der Körperschaftsteuerstatistik) ist praktisch bereits im Gange. Die als Durchschläge der Steuerbescheide gefertigten Zählblätter laufen bei den Statistischen Landesämtern ein. Das Aufbereitungs- und Tabellenprogramm dieser Statistik wird ein umfassendes Bild der Einkommen in ihrer Gliederung nach Einkommensgruppen einerseits, nach Einkunftsarten andererseits liefern. Eine erstmalig angewendete Gruppierung nach überwiegenden Einkunftsarten wird besser als in den bisherigen Statistiken ein Bild vom Einkommen der Gewerbetreibenden, der Landwirte und der freien Berufe liefern.

Für die Lohnsteuerstatistik 1955 sind die Vorbereitungen im Gange. Insbesondere sind vom Bundesministerium der Finanzen Massnahmen vorbereitet, die einen im Vergleich zur Statistik 1950 besseren Rückfluss der Lohnsteuerkarten erwarten lassen.

2. Finanzstatistik

- a) In der Finanzstatistik hat sich die Jahresrechnungsstatistik des Bundes, der Länder und Gemeinden nochmals wesentlich beschleunigen lassen. Die Zahlen für 1954 werden voraussichtlich bis Mai 1956 veröffentlicht werden können. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die Rechnungsabschlüsse bzw. die Rechnungslegung im allgemeinen nicht vor dem 30. September für das vorangegangene Rechnungsjahr fertiggestellt werden, ist damit ein Optimum hinsichtlich des Tempos der finanzstatistischen Berichterstattung erreicht; eine kürzere Bearbeitungsfrist

als etwa 7 bis 8 Monate wird sich nicht verwirklichen lassen.

Um eine weitere Aktualisierung der Finanzstatistik zu erreichen, beabsichtigt das Statistische Bundesamt, Vereinfachungsvorschläge hinsichtlich der jährlichen Aufbereitung bei gleichbleibendem Umfang und Inhalt der Erhebung zu machen. Diese Vorschläge haben zum Ziel, jährlich regelmässig ein verkürztes „Standardprogramm“ mit gewissen Summenzahlen zu veröffentlichen und daneben - in unregelmässigen Zeitabständen - zusätzlich jeweils einen oder mehrere Verwaltungszweige zu untersuchen. Die dadurch insbesondere bei den Statistischen Landesämtern freiwerdende Arbeitskapazität soll dann für eine finanzstatistische Erfassung von Haushalts- und Rechnungsquerschnitten (Etatszahlen) nutzbar gemacht werden.

- b) Die Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1955 musste für Länder und Gemeinden nochmals aufgrund einer Koordinierungsvereinbarung vorbereitet werden, die auf der Januar-Sitzung des Sonderausschusses Statistik der Länder behandelt werden soll. Das Erhebungsprogramm ist für Länder und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr um die Fragen nach den Schwerbeschädigten und den weiblichen Dienstkräften gekürzt. Zusätzlich ist eine Aufbereitung nach Ortsklassen für Zwecke der Finanzministerien vorgesehen. Für die Bundesverwaltung werden ausserdem Sonderangaben über die landsmannschaftliche Zugehörigkeit der Beamten (Art. 36 GG) erhoben.
- c) Die Bilanzen und Erfolgsrechnungen der kommunalen Eigenbetriebe für Versorgung und Verkehr sind für das Rechnungsjahr 1953 erstmalig statistisch erfasst worden. Mit den kommunalen Spitzenverbänden und den beteiligten Fachverbänden ist eine Wiederholung dieser Erhebung - auf freiwilliger Grundlage - für das Geschäftsjahr 1954 verabredet.
- d) Die Vorarbeiten zu einer statistischen Erfassung des öffentlichen Vermögens sind durch Zusammenstellung von

kommunalen Vermögensnachweisen fortgeführt worden. Auf Anregung des Bundesministeriums für Wirtschaft werden sich die weiteren Untersuchungen zunächst auf eine regelmässige Erfassung des Geldvermögens bei Bund, Ländern und Gemeinden und anderen öffentlichen Haushaltsträgern beschränken.

Um für alle Teilgebiete der Finanzstatistik zu der dringend erwünschten einheitlichen Rechtsgrundlage zu kommen, soll das Gesetz über Finanzstatistik - das vom Bundesministerium der Finanzen als eilbedürftig anerkannt ist - nunmehr beschleunigt zur Verabschiedung gebracht werden.

3. Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften

Auch hier hat sich die jährliche Zusammenfassung der Bilanzen und Erfolgsrechnungen beschleunigen lassen, nachdem die Gesellschaften selbst ihre Jahresabschlüsse frühzeitiger als in den ersten Jahren nach der Geldumstellung veröffentlichen. Der Erkenntniswert, den die Ergebnisse der Statistik insbesondere über die Bilanzstruktur der Unternehmen vermitteln, ist vertieft worden.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

1. Die Welt-Volkszählung 1960

Der anlässlich der letzten Beiratssitzung gebildete Arbeitskreis zur Vorbereitung der Volkszählung und Berufszählung 1960 tagte am 15. und 16. März 1955 in Wiesbaden. Das Protokoll ging den Mitgliedern des Beirats zu.

Bei der Tagung wurden vor allem die Probleme erörtert, die von deutscher Seite an die Europäische Statistikerkonferenz herangetragen werden sollten. Es kam also nicht so sehr darauf an, schon jetzt technisch-organisatorische Fragen zu besprechen, sondern die Grundlinie für die Weiterentwicklung des Programms für die Volks- und Berufszählung zu überlegen. Im einzelnen wurden die Probleme eines Ausbaues der Haushaltssstatistik und einer Erweiterung der Gliederung nach der „Stellung im Beruf“ zu einer „sozio-ökonomischen Gliederung“ sowie einheitlicher

Begriffsbestimmungen für „Stadt“ und „Land“ und der Abgrenzung von Wirtschaftsräumen eingehender besprochen. Auch die Möglichkeiten einer Verbesserung der Fruchtbarkeitsstatistik und der Erfassung der Wanderungsströme wurden stärker diskutiert. Ausserdem wurde ein Überblick über einige sachlich-methodische Fragen, wie z.B. der Anwendung des „Erwerbspersonen“- oder „Labor-Force-Konzepts“ in der Berufszählung gegeben. Es wurde beschlossen, insbesondere die Probleme, die mit dem Ausbau der Haushaltsstatistik, der Entwicklung einer sozio-ökonomischen Gliederung und der Festlegung von Wirtschaftsräumen zusammenhängen, mit sachlich besonders interessierten Kreisen aus Wissenschaft und Praxis weiter zu erörtern. Die Ergebnisse der Tagung des Arbeitskreises der Konferenz Europäischer Statistiker im August 1955 in Genf sind im allgemeinen Teil auf S.25 und 26 enthalten.

2. Neufeststellung der Wohnbevölkerung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956

Nach dem Volkszählungsgesetz 1950 sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden jährlich auf den neuesten Stand fortzuschreiben. Praktisch durchgeführt wird diese Fortschreibung durch Berücksichtigung der Geburten und Sterbefälle mit Hilfe der standesamtlichen Zählkarten und durch Auswertung der Eintragungen in den bei den Meldebehörden anfallenden Meldescheinen. Da eine Fortschreibung der Einwohnerzahlen jeder einzelnen Gemeinde in der deutschen Statistik ein Novum darstellt und nicht unerhebliche Anlaufschwierigkeiten zu überwinden waren, besteht ein Bedürfnis zur Überprüfung der Ergebnisse. Um hierzu nicht bis zu der Volkszählung 1960 warten zu müssen, soll im Rahmen der im Frühjahr 1956 durchzuführenden Wohnungsstatistik auch eine Zählung der Wohnbevölkerung stattfinden.

In Zusammenarbeit mit der für die Wohnungsstatistik federführenden Abteilung des Amtes und den zuständigen Fachausschüssen bzw. Arbeitskreisen wurde die Vorderseite der vorgesehenen Haushaltsliste so ausgearbeitet, dass die Angaben auch für die exakte Feststellung der Wohnbevölke-

rung ausreichen. Die Begriffsbestimmung für die Abgrenzung der Wohnbevölkerung wird hierbei die gleiche sein wie bei der Volkszählung 1950. Die Ergebnisse werden es neben der Überprüfung der fortgeschriebenen Zahlen gestatten, die Fortschreibung auf eine neue und sichere Basis zu stellen und damit gleichzeitig auch den Einsprüchen zu begegnen, die von den Gemeinden immer wieder gegen die von den Statistischen Landesämtern ermittelten Einwohnerzahlen erhoben werden.

Seitens des Bundesministeriums für Vertriebene und der Länderflüchtlingsverwaltungen wird neben der Ermittlung der Gesamtbevölkerung auch eine Feststellung der Vertriebenen und Zugewanderten bzw. Sowjetzonenflüchtlingen gewünscht, um auch für deren Fortschreibung eine neue Grundlage zu gewinnen.

Bei der Ermittlung der Wohnbevölkerung wird lediglich eine gemeindeweise Auszählung nach dem Geschlecht erfolgen. Auf eine Auszählung weiterer Merkmale wird verzichtet.

Über die methodischen und technischen Fragen im Zusammenhang mit der Feststellung der Wohnbevölkerung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 haben mit den Vertretern der Statistischen Landesämter, der kommunalen Spitzenverbände und der Konsumentenkreise von Bevölkerungszahlen mehrfach Besprechungen stattgefunden.

3. Mikrozensus

Der Mikrozensus, die schon lange vorbereitete Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, soll mehrere Aufgaben erfüllen:

- (a) Die Gewinnung international vergleichbarer Zahlen über das Arbeitskraftvolumen (Labor Force) gemäss den Empfehlungen der OEEC und des Internationalen Arbeitsamtes.
- (b) Die Schaffung eines laufenden deutschen Berichtswesens, in dem in regelmässigen kurzen Abständen schnell, billig und zuverlässig die wichtigsten Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten ermittelt werden, um damit die

vielfährige Lücke zwischen jeweils zwei Volks- und Berufszählungen zu überbrücken und die Ergebnisse auf dem neuesten Stand zu halten.

- (c) Die Gewinnung von verbesserten bevölkerungs- und wirtschaftsstatistischen Erkenntnissen, die durch das System der persönlichen Befragung gegenüber der weniger zuverlässigen Ausfüllung der Fragebogen durch die Befragten selbst ermöglicht werden.
- (d) Die Rationalisierung anderer Erhebungen mit Hilfe der Mikrozensusorganisation.

Das Projekt ist vom Sonderausschuss Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer und dem Interministeriellen Ausschuss in Bonn mehrfach behandelt worden. Dabei wurde eine nachhaltige Senkung der Gesamtkosten gefordert. Von den verschiedenen Einsparungsmöglichkeiten wurde die Reduktion des Auswahlsatzes der Vierteljahreserhebungen von je 0,3 % auf je 0,1 % unter Aufrechterhaltung der 1 %igen Jahreserhebung gewählt. Hierbei können die Erhebungsziele unter weitestgehender Berücksichtigung der wirtschaftsstatistischen Notwendigkeiten und der Interessen der Länder verwirklicht werden.

Die jährlich einmal mit einem Auswahlatz von 1 % durchzuführende Erhebung dient der Aufstellung von sachlich einigermaßen tief gegliederten Tabellen für das Bundesgebiet und wird auch für die Länder wertvolle Ergebnisse bringen. Der Umfang dieser Jahreserhebung ist mit 170 000 Haushaltungen gross genug, um auch bei Fragen, die sich nur auf Untergruppen beziehen (die natürlich nicht allzu klein sein dürfen) hinreichend grosses Material und damit ausreichende Ergebnisse zu liefern. Dies gilt in aller Regel auch bei der Einbeziehung zusätzlicher Fragen oder statistischer Programme, die mit anderen Erhebungen zusammenhängen und über den Rahmen der reinen Erwerbstätigkeitsstatistik hinausgehen.

Nach der Umarbeitung des Vorhabens hat der Sonderausschuss Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder auf seiner 11. Sitzung am 21./22.9.1955 in

Oberstdorf dem Mikrozensus zugestimmt, dabei aber die Begrenzung des Gesetzes auf die Haushaltsjahre 1956 bis einschliesslich 1959 vorgeschlagen. Ebenso hat der Interministerielle Ausschuss auf seiner 13. Sitzung am 25.9.1955 in Bonn einstimmig dem Projekt des Mikrozensus endgültig zugestimmt.

Das im Mikrozensus geschaffene Instrument für Stichprobenerhebungen soll seinen Nutzen bereits bei der Wohnungstatistik 1956 zeigen. Hier wird geplant, die Erhebungsorganisation des Mikrozensus für die 1 %ige Stichprobe einzusetzen. Auch eine Koordinierung der Auswahl und der Erhebung soll so weitgehend erfolgen, wie es technisch möglich ist.

Die Vorbereitungsarbeiten zum Mikrozensus sind sehr gründlich durchgeführt worden. Es wurde viel Arbeit darauf verwendet, eine zuverlässige repräsentative Gemeindeauswahl zu erzielen, um ein wirklichkeitsgetreues Spiegelbild der Variationsbreite für möglichst viele Merkmale zu erreichen. Ferner wurde eine Probeerhebung in drei Teilen durchgeführt, um die verschiedenen methodischen Probleme der Auswahlverfahren und der Befragungstechnik in der Praxis zu überprüfen. Dabei hat sich ergeben, dass die Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung wesentlich besser als erwartet ist und dass in den bisher einbezogenen Städten nur etwa 2 bis 3 % die Mitarbeit verweigerten.

Die Mikrozensusprobleme sind bisher im Fachausschuss für Bevölkerungs- und Kulturstatistik erörtert worden. Wenn der Mikrozensus ein Instrument für die Stichprobenerhebung auch anderer Tatbestände werden sollte, werden die Vertreter der jeweils fachlich interessierten Stellen zu beteiligen sein.

Der Gesetzentwurf für diese neue Statistik wird in Kürze dem Bundeskabinett zur Beschlussfassung vorgelegt und sodann den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden.

4. Gesundheitsstatistik

Der in Hessen im Jahre 1954 erfolgreich erprobte

Leichenschauschein wurde am 1.1.1955 in Hamburg und am 1.12.1955 in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Vorbereitungen für die Einführung des Leichenschau Scheines in den übrigen Bundesländern sind im Gange.

Die Einführung eines einheitlichen Leichenschau Scheines ist von dem Bundesgesundheitsrat als Empfehlung dem Bundesministerium des Innern zugeleitet worden.

Um die Häufigkeit der Frühgeburten ermitteln zu können, ist vom Bundesgesundheitsrat ebenfalls eine Empfehlung zur Einführung einer einheitlichen Geburtsmeldung gegeben worden.

Zur Ergänzung der Todesursachenstatistik werden auf Empfehlung des Statistischen Bundesamtes Sonderuntersuchungen über die Säuglings- und Müttersterblichkeit in einigen Ländern, u.a. Bayern, Nordrhein-Westfalen, durchgeführt.

Um die Tuberkulosestatistik zu vervollständigen und dadurch ihren Wert zu erhöhen, sollen im Jahre 1956 Vorbesprechungen mit den verschiedenen medizinischen Forschungsstellen, Gesundheits- und statistischen Behörden erfolgen, um ab 1.1.1957 einheitliche Abänderungen und Ergänzungen durchführen zu können.

5. Schul- und Hochschulstatistik

Auf diesem Gebiet sind mit dem Ausbau der bestehenden Statistiken nach wichtigen Merkmalen und der Aufnahme neuer Teilstatistiken (Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen, Statistik der Hochschulprüfungen) die nötigen Verbindungen und Ergänzungen geschaffen worden, so dass auch bei der internationalen Berichterstattung keine wesentlichen Lücken mehr bestehen. Künftig soll eine Entlastung dadurch herbeigeführt werden, dass die Nachweise, soweit sie alljährlich notwendig sind, in einem feststehenden Grundprogramm und die übrigen mit geeignetem Turnus in einem variablen Programm erstellt werden.

Den Bestrebungen, die Berufsschüler mit Individualfragebogen zu erfassen und damit die Ergebnisse auch für andere

Bedürfnisse, z.B. für die Klärung von Berufsnachwuchsfra-
gen, abzustellen, haben nach dem Vorgang von Rheinland-
Pfalz im November 1954 weitere Statistische Landesämter
durch Anwendung des neuen Verfahrens bei der Erhebung
1955 Rechnung getragen. Es wird an Hand der vorliegenden
Erfahrungen zu prüfen sein, ob das neue Verfahren künftig
zur allgemeinen Anwendung - bei evtl. mehrjährigem Tur-
nus - kommen kann.

6. Vertriebenen- und Flüchtlingsstatistik

In § 97, Abs.2, des Bundesvertriebenengesetzes ist ange-
ordnet, dass im Zusammenhang mit der Beantragung von
Bundesvertriebenenausweisen eine Statistik durchzuführen
ist, die über den Stand der wirtschaftlichen und sozialen
Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge
im Vergleich zu deren Lage vor der Vertreibung Auskunft
gibt. Für die statistische Auswertung stehen die zweiten
Teile der Anträge zur Verfügung, die in den Statistischen
Landesämtern überprüft und zum Teil signiert und dann
zur weiteren Aufbereitung an die Zweigstelle Berlin des
Statistischen Bundesamtes geleitet werden. Diese Arbeiten
sind in der Zweigstelle Berlin im wesentlichen erst An-
fang 1955 angelaufen. Bis zum Ende des Jahres sind über
4 497 000 Anträge (2.Teil) eingegangen, von denen mehr
als 2 289 000 signiert wurden. Ausserdem wurden knapp
500 000 Zählblätter ausgeschrieben.

Gleichzeitig sind aus den bei der Zweigstelle Berlin ein-
gegangenen Anträgen (2.Teil) über 1 729 000 Anschriften
auf Karteikarten übertragen worden, die für Suchdienst-
zwecke bereitgestellt werden.

Der Bundestag hatte am 25.3.1953 eine Erhebung der Ver-
treibungsverluste beschlossen. Aufgrund dieser Ent-
scheidung ist dem Statistischen Bundesamt der Auftrag
erteilt worden, Bevölkerungsbilanzen für die deutschen
Ostgebiete und für die deutschen Siedlungsgebiete im
Ausland aufzustellen. Diese Arbeiten sind, nachdem die
benötigten Mittel bereitgestellt wurden, Anfang Juli 1955
angelaufen.

Das Bundesvertriebenenministerium plant eine Repräsentativstatistik über das Umsiedlungsergebnis, aus der hervorgehen soll, ob die Umsiedlung von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen in der bisher durchgeführten Weise zweckmässig gewesen ist, und die gleichzeitig Erkenntnisse für weitere Umsiedlungsvorhaben liefern soll. Für diese Erhebung wurden die Erhebungspapiere ausgearbeitet und Untersuchungen über den notwendigen Umfang der Repräsentation durchgeführt.

Ü b e r s i c h t

über den Stand der Schaffung von Rechtsgrundlagen für die
Bundesstatistik

O = Stand Mitte November 1954

X = Stand Mitte Januar 1956

Die Rechtsgrundlagen, deren Prozedur seit der letzten Übersicht nicht fortgeschritten ist, sind dadurch leicht zu erkennen, daß bei ihnen O und X in einer Spalte zusammenfallen: O/X.

Durch die vorangestellte Bezeichnung "neu" sind ferner die Rechtsgrundlagen herausgehoben, die in der Übersicht nach dem Stand November 1954 nicht enthalten waren.

Es sind bei der folgenden Übersicht die Rechtsgrundlagen nach Stadien gegliedert und folgende Stufen unterschieden worden:

A = Entwurf in Vorbereitung

B = Entwurf beim Bundesressort, Beratung noch nicht erfolgt

C = Entwurf wird in den Bundesressorts und Koordinierungsausschüssen beraten

D = Entwurf bei den gesetzgebenden Körperschaften

E = Rechtsgrundlage ist verkündet bzw. als Koordinierungsvereinbarung wirksam

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich Mitte November 1954 = O Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
<u>I. Ernährung und Landwirtschaft</u>					
1. Bodenbenutzung und Ernte					
Gesetz über Bodenbenutzungserhebungen		O/X			
(neu) Gesetz über die Statistik des Wachstumsstandes und der Ernte	.	X			
(neu) Verordnung über eine Nachprüfung der Bodenbenutzungserhebung 1955. Vom 26. Mai 1955	X
(neu) Verordnung über eine Nachprüfung der Bodenbenutzungserhebungen 1956 und 1957	.	.	X		
(neu) Verordnung über die besondere Erntetermineitlung für die Jahre 1955, 1956 und 1957. Vom 26. Mai 1955	X

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich Mitte November 1954 = 0 Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
2. Viehwirtschaft					
Gesetz über Viehzählungen	0			X	
Verordnung über Nachkontrollen der Viehzählung. Vom 18. November 1954				0	X
Verordnung über Schlachtungs- statistik		0/X			
Verordnung über Milcherzeu- gungs- und -verwendungsstati- stik		0/X			
3. Fischwirtschaft					
Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse. Vom 6. Juli 1938 und Ausführungsanordnung des BML. Vom 30. Januar 1950					0/X
4. Landarbeitskräfte					
(neu) Verordnung über eine Statistik der Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Be- trieben	.	.	X		
II. <u>Industrie und Handwerk</u>					
1. Industrie					
Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe			0/X		
Verordnung über eine Jahres- erhebung der Nettoleistung der Industrie. Vom 12. Januar 1956		0			X
(neu) Verordnung über die Durchfüh- rung einer Statistik über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie. Vom 12. Januar 1956	X
Verordnung über die Energie- wirtschaftsstatistik		0/X			
Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Versor- gungswasserwirtschaft		0/X			

Bezeichnung der Statistik
und der Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage befand sich
Mitte November 1954 = 0
Mitte Januar 1956 = X
im Stadium

noch 1. Industrie

Verordnung über die Textil-
fachstatistik

0/X

Verordnung über die Durch-
führung einer Eisen- und
Stahlstatistik.

Vom 26. Februar 1955

0 —————> X

Verordnung über die Durch-
führung einer Nichteisen-
und Edelmetallstatistik.

Vom 6. April 1955

0 —————> X

Verordnung über die Durch-
führung einer Düngemittel-
statistik.

Vom 1. März 1955

0 —————> X

Verordnung über die Durch-
führung einer Lederstati-
stik.

Vom 6. April 1955

0 —————> X

Verordnung über die Durch-
führung einer Rohtabaksta-
tistik.

Vom 10. Mai 1955

0 —————> X

Verordnung über die Durch-
führung eines statistischen
Eilberichts über den Auf-
tragseingang in der Indu-
strie.

Vom 25. Januar 1955

0 —————> X

2. Bauwirtschaft, Handwerk

(Siehe auch Gesetz über die
Allgemeine Statistik in der
Industrie und im Bauhaupt-
gewerbe)

(0/X)

Gesetz über die Handwerks-
zählung 1956

0 —————> X

III. Handel und Verkehr

1. Außenhandel

Gesetz über die Statistik
des grenzüberschreitenden
Warenverkehrs (Außenhandels-
statistik)

0/X

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich Mitte November 1954 = 0 Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
noch 1. Außenhandel					
Verordnung über die statisti- sche Abgabe		O/X			
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Stati- stik des grenzüberschreiten- den Warenverkehrs (Außen- handelsstatistik)	O/X				
2. Binnenhandel					
Verordnung über die Großhan- delsstatistik. Vom 24. Juni 1954					O/X
Verordnung über die Durch- führung einer Statistik im Einzelhandel	0 —————>		X		
3. Verkehr					
Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterver- kehrs auf Binnenwasserstra- ßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte		0 —————>	X		
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt		O/X			
Gesetz über die Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen	0 —————>	X			
(neu) Verordnung über die Durch- führung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr	.	X			
Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beför- derung von Personen zu Lande		O/X			
Verordnung über die Durch- führung einer Statistik des Kraftfahrzeugverkehrs über die Grenzen ihres Geltungs- bereiches			O/X		
Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfall- statistik. Vom 8. August 1955			0 —————>		X

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich				
	Mitte November 1954 = 0 Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
noch 3. Verkehr					
(neu) Koordinierungsvereinbarung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestra- ßen	X				
Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik. Vom 26. Oktober 1955		0			X
Verordnung über die Fremden- verkehrsstatistik. Vom 31. Januar 1955				0	X
(neu) Verordnung über die Durch- führung einer Statistik im Gaststätten- und Beherber- gungsgewerbe	X				
IV. <u>Preise und Löhne, Bau-, Woh- nungs- und Sozialwesen</u>					
1. Preise					
Gesetz über die Preisstati- stik	0	X			
2. Löhne					
Gesetz über die Lohnstati- stik			0	X	
3. Bau- und Wohnungswesen					
Verordnung über die Durch- führung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohn- raumvergaben. Vom 24. März 1953					0/X
(neu) Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Durch- führung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohn- raumvergaben vom 24. März 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 78)	.	.	X		
Verordnung über eine Stati- stik der Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft im Jahre 1953. Vom 5. Juli 1954					0/X
Gesetz über Wohnungsstati- stik 1956	0		X		

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich Mitte November 1954 = 0 Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
4. Sozialwesen					
Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und der Jugendhilfe. Vom 25. Oktober 1954					0/X
Verordnung über die Durchführung einer einmaligen Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger. Vom 12. August 1953					0/X
Verordnung über eine einmalige Statistik der Lager und Lagerinsassen. Vom 14. Mai 1955			0		→ X
Verordnung über die Statistik der Anstalten und Heime	0/X				
V. <u>Finanzen, Steuern und Kapitalmarkt</u>					
1. Finanzen					
Gesetz über die Finanzstatistik			0/X		
2. Steuern					
Gesetz über die Umsatzsteuerstatistik			0		
(neu) Koordinierungsvereinbarung über die Durchführung einer Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1954	X
(neu) Koordinierungsvereinbarung über die Durchführung einer Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1955	.	.	X		
(neu) Koordinierungsvereinbarung über die Durchführung einer Vermögens- und Einheitswertstatistik (auf den 1.1.1953)	X
Gesetz über die Statistiken der Steuern vom Einkommen (Einkommen- und Körperschaftssteuer 1954, Lohnsteuer 1955)				0	→ X

Bezeichnung der Statistik und der Rechtsgrundlage	Die Rechtsgrundlage befand sich Mitte November 1954 = O Mitte Januar 1956 = X im Stadium				
	A	B	C	D	E
3. Kapitalmarkt					
Verordnung über die Statistik der Boden- und Kommunalkre- ditinstitute	O/X				
Verordnung über die Stati- stik der Hypothekenbewegung		O →	X		
(neu) Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Unterneh- men	X				
(neu) Verordnung über die Durch- führung einer Bilanzstati- stik der Aktiengesellschaf- ten	X				
VI. Bevölkerung und Kultur					
1. Bevölkerungsstand, Bevölke- rungsbewegung, Erwerbsleben					
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevöl- kerungsstandes			O/X		
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Er- werbslebens (Mikrozensus)			O/X		
(neu) Verordnung über eine einma- lige Statistik der Umsied- lungsergebnisse	.	X			
2. Ausländer					
Verordnung über die Auslän- derstatistik		O/X			
3. Gesundheitswesen					
Erste Verordnung zur Durch- führung des Gesetzes zur Be- kämpfung der Geschlechts- krankheiten (hier: § 6 Ge- schlechtskrankenstatistik). Vom 28. Dezember 1954				O →	X
4. Kultur					
(neu) Koordinierungsvereinbarung über die Berufsschulstati- stik	X
Verordnung über eine Film- theaterstatistik		O/X			